

Deutsche Demokratische Freiheit

Einzelpreis 70 Heller.
Einschließlich 8 Heller Porto

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Er erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Dr. Dabrowski u. Vertretung: Drag 11, Právníka 15 • Telefon: 20705, 21400, Račnická 10, 21 11 11 • 53558 • Postamt: 57544

13. Jahrgang. Freitag, 24. November 1933 Nr. 275.

Das amtliche Ergebnis des Terror-Rekords

Berlin, 23. November. Das amtliche Ergebnis der Volksabstimmung und der Reichstagswahl liegt nunmehr endgültig vor. Reichstagswahl: Das endgültige Ergebnis für die Reichstagswahl enthält 43.053.616 abgegebene Stimmen, von denen 3.398.404 ungültig waren. Auf den Kreiswahlvorschlag entfielen 39.655.212 gültige Stimmen. Die Zahl der aus dem Kreiswahlvorschlag gewählten Abgeordneten beträgt demnach 645. Es verblieb ein Rest bei der Teilung durch 60.000 der einzelnen Kreiswahlvorschläge von 955.212, so daß auf dem Kreiswahlvorschlag sechzehn Sitze entfielen. Die Gesamtzahl der Abgeordneten ist nunmehr endgültig auf 661 festgesetzt worden.

Volksabstimmung: Für die Volksabstimmung sind 43.191.575 Stimmen abgegeben worden, wobei 757.756 als ungültig erklärt werden mußten. Als gültige Ja-Stimmen wurden festgesetzt 40.632.628; gegen den Volkentscheid 2.101.191 Wähler. In Prozenten errechnet wurden für Ja 95,1 Prozent, für Nein 4,9 Prozent der Stimmen abgegeben.

Proksch aus München geflüchtet?

Wien, 23. November. Die die „Reichspost“ aus München meldet, ist infolge eines schweren Konfliktes mit dem Reichstagsabgeordneten Sabicht, der frühere nationalsozialistische Bundesrat Proksch, begleitet von dem ehemaligen oberösterreichischen Gauleiter Pöck, aus München geflüchtet. Ihr Aufenthalt ist derzeit noch unbekannt. Ein an der Flucht beteiligter Chauffeur wurde verhaftet.

Landbund für Beendigung der Parlamentskrise in Oesterreich

Wien, 23. November. Heute fanden sich beim großdeutschen Abgeordnetenklub Abgeordnete des Landbundes ein, und teilten ihm ihre bekannten Vorschläge betreffend die Beendigung der Parlamentskrise und die beschleunigte Erledigung der Verfassungsrevision auf legalem Wege mit, die sie bekanntlich in den letzten Tagen dem Regierungschef, dem Bundespräsidenten und dem christlichsozialen Klub vorgelegt hatten. Die großdeutschen Abgeordneten sagten eine Unterstützung der Vorschläge des Landbundes zu.

Vor den engeren Wahlen in Spanien

Madrid, 23. November. (Sabas.) Der Vorsitzende der Regierung erklärte, daß er bei den engeren Wahlen, die Sonntag in einer Woche stattfinden werden, ein geringeres Anwachsen der Rechtsparteien als bei den ersten Wahlen erwarde. Er schätzte sie auf 20 bis 40 Mandate. Im neuen Parlament werde das Zentrum das Übergewicht haben und die Hauptsache werden die Radikalen bilden. Die Cortes würden einige gesetzliche Uebergangsbestimmungen mildern, aber aufrichtig republikanisch sein.

Ein Viererpakt auf dem Balkan?

Istanbul, 23. November. (Reuter.) Der türkische Außenminister ist über Athen nach Belgrad abgereist, um den Richtangriffspunkt mit Jugoslawien zu ratiifizieren. Man glaubt jedoch, daß der tatsächliche Zweck seiner Reise die Anbahnung einer Diskussion über einen Viererpakt zwischen Griechenland, Rumänien, Jugoslawien und der Türkei ist.

Vor französisch-englischem Handelskrieg?

London, 23. November. „Daily Herald“ will wissen, daß der Präsident des Handelsamtes in der Zolltariffrage gestern ein Ultimatum an Frankreich gestellt habe. Großbritannien verlange die Aufhebung der 15prozentigen Sonderabgabe und der 30prozentigen Landungsabgabe auf britische Waren. Wenn Frankreich sich unzugänglich zeige, werde die britische Regierung mit Vergeltungsmaßnahmen in Form einer 20prozentigen Abgabe auf französische Waren antworten.

Ohne Arbeitszeitverkürzung kein Ausweg aus der Krise

Das Schlußwort des Fürsorgeministers

Prag, 23. November. In seinem gestrigen Schlußwort zur sozialpolitischen Debatte im Budgetausschuß ging der Fürsorgeminister von den in der Debatte vorgebrachten Bemerkungen zum Rationalisierungsproblem aus.

Nachmals legte er die großen Gefahren der planlosen Rationalisierung für die Arbeiterschaft und den Staat auseinander und zeigte an einem trassen Beispiele die heillosen Folgen der Fehlrationalisierung auf. Nicht nur, daß in diesem Falle die erhofften Auswirkungen der bis an die Grenze der technischen Vollkommenheit heranreichenden Rationalisierung des Betriebes ausblieben, kam es schließlich infolge der durch den Rationalisierungsaufwand herbeigeführten Verschuldung des Unternehmens zu seiner Einstellung, die die Entlassung vieler Hunderte von Arbeitern im Gefolge hatte.

Wenn nun das Fürsorgeministerium solchen Katastrophen vorbeugen will und die staatliche Reglementierung der Rationalisierung des Produktionsprozesses verlangt, dann liegt ihm nichts so fern, als auch nur der leiseste Versuch einer Dämmung des technischen Fortschrittes, der — in den Wirtschaftsprozess planvoll eingebaut — allen Interessenten zum Segen werden kann, der aber allen zum Verderben wird, wenn er sich von den mit ihm aufs innigste verbundenen sozialen Vorfragen löst und es nicht versucht, sie in seinen Dienst zu stellen.

Hier sind wir aber schon bei der 40-Stundenwoche angelangt, die sich als natürliche Folge der Intensivierung des Produktionsprozesses und insbesondere seiner gesteigerten Rentabilität von selbst ergibt. Ohne die 40-Stundenwoche gibt es angesichts der rückständigen Fortführung der planlos überhöhten Rationalisierung aus der Massenarbeitslosigkeit keinen Ausweg und ebenso keine Möglichkeit einer Linderung des Massenelends der nach vielen Hunderttausenden zählenden Rationalisierungsoffer!

Wenn einer der Vorredner die Notwendigkeit der schleunigsten neuerlichen Anagnisnahme der produktiven Arbeitsloosensfürsorge als eine Entspannung gegenüber der Arbeitslosigkeit bezeichnet hat, so vermag das Fürsorgeministerium

dieser Auffassung nur zuzustimmen. Seit vielen Monaten war es um die Bewilligung eines ausgiebigen Kredites für die produktive Arbeitsloosensfürsorge bemüht, um den sich auf viele Tausende belauenden Ansuchen um Gewährung von Lohnzuschüssen Rechnung zu tragen und wie im Vorjahre wieder viele Zehntausende von Arbeitslosen an die Arbeit heranzubringen zu können.

In Anknüpfung an gewisse in der Debatte gefallene Bemerkungen betreffend die Heilsfürsorge für Arbeitslose legt das Fürsorgeministerium dar, daß sich dieser Fürsorgezweig auf die beste entwickelt hat und daß die ihm angegliederten 210 Hilfsstellen gute Arbeit geleistet haben. Zum Beweis dieser Behauptung sei angeführt, daß das Teplitzer Hilfskomitee binnen einem Zeitraum von bloß 3 Monaten 4206 Rezepte, das Duxer 1111, das Komitee für den Bezirk Prag-Umgebung 1100 Rezepte ausgegeben hat, woraus allein ersichtlich ist, welche rege Tätigkeit entfaltet wird. Das Fürsorgeministerium wird den am stärksten in Anspruch genommenen Hilfskomitees auch materiell beistimmen.

Der Fürsorgeminister beantwortete nun eine ganze Reihe von auf das Gebiet der Arbeitsloosensfürsorge sowie der Sozialversicherung fallenden Fragen und reagierte dann auf gewisse Darlegungen eines der Vorredner, der die Notwendigkeit des raschesten Abbaues des Mieterschutzes ganz besonders unterstrich. Wieder beleuchtete der Fürsorgeminister die soziale Seite des Mieterschutzproblems wie in seinem Exposé, gab eine kurze Darstellung der Ergebnisse der im Jahre 1930 durchgeführten Wohnungszählung und verwies neuerlich darauf, daß die Verhandlungen über den Mieterschutz in einen parlamentarischen Ausschuß verlegt sind, der schon in den nächsten Tagen zur Beratung zusammentritt.

Nachdem der Fürsorgeminister auch noch über die von fast allen Rednern behandelte Regierungserklärung eingehend Auskunft gegeben hatte, schloß er seine Schlußdarlegungen dahin zusammen, daß sich das Fürsorgeministerium der großen Schwierigkeiten, vor denen es auf Schritt und Tritt steht, voll bewußt sei, daß es aber trotzdem auf dem Wege, den ihm die Betreuung des Schicksales der wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsschichten vorgezeichnet hat, fortzuschreiten werde.

Das Schicksal des Kabinetts Sarraut noch ungewis

Paris, 23. November. Heute wird in der Kammer der endgültige Kampf um die Finanzvorlagen und um das Schicksal des Kabinetts Sarraut geführt werden. Der heikelste Artikel ist der Artikel 6, welcher die Herabsetzung der Gehälter der Staatsangestellten zum Gegenstande hat. Eine große Mehrheit der Sozialisten ist entschlossen, gegen die Finanzvorlage zu stimmen. Auch die Neosozialisten sind gegen die Finanzvorlagen, dürften sich aber der Abstimmung enthalten. Von den übrigen Linksruppen sind einstweilen nur 160 Radikale entschlossen, für die Regierung ihre Stimmen abzugeben. Die Regierung hofft aber trotzdem, daß es ihr ohne Mühsal wird, eine Mehrheit zu erzielen, namentlich nach dem dringenden Appell des Ministerpräsidenten, des Finanzministers und namentlich des Obmannes der radikalen Partei Herriot, welcher nach mehrmonatiger Abwesenheit in der Kammer das Wort ergreifen wird. Die Linkspresse glaubt, daß die Regierung eine knappe Majorität erlangen könne, insbesondere wenn sich zahlreiche Gruppen der Abstimmung enthalten werden. Die Rechtspresse erwartet hingegen den Sturz der Regierung.

Paris, 23. November. Nach ganztägiger Verhandlung verlagte sich die Kammer auf 22 Uhr und wird in einer Nachsitzung definitiv über die Finanzvorlagen und über das Schicksal der Regierung Sarraut entscheiden. Die Regierung hat bisher bloß die 160 Radikalen für sich, die der Klub der Radikalen zählt, der seinen Mitgliedern unter Androhung von Disziplinarstrafen auferlegt, für die Regierung zu stimmen. Die übrigen

Gruppen werden ihre Entscheidungen im letzten Augenblick treffen. Die Sozialisten werden gegen die Regierung stimmen. Das Schicksal der Regierung haben wiederum die Gruppen der Mitte in der Hand. In den Abendstunden ist eine Mehrheit für die Regierung nicht zu erwarten.

Sozialistischer Antrag abgelehnt

Paris, 23. November. Die französische Deputiertenkammer beschloß mit 410 gegen 138 Stimmen, auf den sozialistischen Gegenantrag in Angelegenheit der Finanzvorlagen der Regierung nicht einzugehen.

Herriot gegen Herabsetzung des Militärbudgets

Paris, 23. November. Die Zeitschrift „Les Annales“ bringt einen Artikel des Vorsitzenden der radikalen Partei, Deputierten Herriot, über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Frankreichs. Herriot erklärt darin, daß man zum Gleichgewicht in der Staatswirtschaft bloß durch Budgetdeflation gelangen könne. Hinsichtlich einer eventuellen Herabsetzung der Ausgaben für die nationale Verteidigung schreibt Herriot: „Niemand wird behaupten, daß neue Ersparungen im Einzelnen nicht möglich sind, soweit es aber das Ganze betrifft, beziehe ich nicht, wie irgend ein französischer Ministerpräsident bei der gegenwärtigen Lage Europas und der ganzen Welt, seine Einwilligung zu einer wesentlichen Herabsetzung der Ausgaben für die Armee geben könnte.“

Lebt der bürgerliche Freisinn?

Nach dem Zusammenbruch der deutschen nationalistischen Politik suchten die verbliebenen deutschbürgerlichen Parteien die Trümmer der aufgelösten Parteien aufzulesen und zur Auswertung ihrer eigenen Reihen zu verwenden. Auch die der Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft angeschlossene Gruppe der Deutschdemokratischen Freiheitspartei möchte dabei nicht ganz in die Hinterhand geraten und gibt nun ein Lebenszeichen von sich. Es ist bezeichnend, daß sie, um ihren Werberuf in einigermaßen weitere Kreise dringen zu lassen, dazu keinen anderen Weg als den eines Flugblattes findet, das sie als wahrscheinlich bezahlte Beilage der nicht gerade deutschdemokratischen Tagespresse zulegt. Diese einst im alten Oesterreich führende und dominierende Partei verfügt im ganzen Saate über keine einzige Zeitung mehr, die ausgesprochen den Ideen der Deutschdemokratischen Freiheitspartei dienen und ihre Kundgebungen freiwillig abdrucken würde. Es gibt einfach keine deutschdemokratische Presse mehr — seit dem Tode Dr. Kafkas hat auch die „Bohemia“ aufgehört es zu sein — der politische Geist des bürgerlichen Freisinns, der angeblich noch in der Deutschdemokratischen Freiheitspartei eine Heimstätte hat, sieht sich daher gezwungen, wenn er überhaupt noch zu einer größeren Öffentlichkeit sprechen will, dies in der Form eines losen Blattes zu tun.

Was in dem Flugblatt steht, es ist in dieser Zeit, da der tollste Radikalismus sein Unwesen treibt, da von der durch die Wirtschaftskrise verwirrten Menge die leichtesten und verlogensten Schlagworte gläubig nachgebetet und Talmi-Messiasse verzögert werden, nur weil sie laut und ungehemmt zu schreien verstehen — es ist also in dieser Zeit, da Trugbilder zu Idolen werden, Rechtslosigkeit, Knechtschaft und faschistische Barbarei Bewunderung finden, immerhin beachtenswert. Es sind die Ideen des alten, von den „erwachenden“ Jungdeutschen tausendmal verenterten und verlasterten Liberalismus, die hier — vorläufig allerdings nur hier — ihre Auferstehung feiern. Verwerfung jeden Rassenhafes, Bekenntnis zur Demokratie, Ablehnung aller Bestrebungen, die auf Einsetzung von Usurpatoren und Diktatoren hinauslaufen, Freiheit der Meinungsäußerung, Ablehnung aller neuartigen Schlagworte wie Ständestaat und Parteienlosigkeit, mit denen die Henkeins und auch andere Rattenfänger freiben gehen. Es gibt, wie es in dem Flugblatt heißt, nur ein Entweder-Oder: Ständestaat oder Parteienstaat: „Da wir im Ständestaat keine Bürgerschaft für eine durchgreifende Besserung der Verhältnisse sehen, so wollen wir an dem festhalten, was wir haben. Nicht die Parteien sind an dem Unglück schuld, an dem wir leiden. Neben der Weltlage, die wir nicht entscheidend beeinflussen können, sind es die Menschen selbst, die Gerechtigkeit, Wahrheitsliebe und Menschlichkeit so leichtfertig über Bord werfen und nicht begreifen wollen, daß Politik die Kunst des Möglichen bedeutet.“ Daneben kann sich das deutschdemokratische Flugblatt allerdings auch nicht verkneifen, ein wenig von „antimarxistischer“ Phrasologie anzuwenden und den „erwählenden Klassenkampf“, den antimarxistische Weisheit natürlich für eine böswillige Erfindung der Sozialisten hält, zu verdammen.

Augenblicklich ist es nicht gerade ein besonderes Verdienst, von Demokratie zu reden und sich zu ihr zu bekennen. Das tun jetzt alle deutschbürgerlichen Parteien, immerhin darf man annehmen, daß es nicht die Absicht der Larmung ist, welche die Deutschdemokratische Partei veranlaßt, zur Zeit ihre Gesinnungsgrundsätze schärfer hervorzuföhren. Eine offene Frage bleibt vorläufig freilich, ob der Schritt in die Deffentlichkeit, den die Deutsch-

demokratische Freiheitspartei mit ihrem Flugblatt unternimmt, der Ausdruck des Willens ist, fortan nach diesen Grundfragen zu leben und zu wirken, oder ob es ihr lediglich darum geht, bei der Auflösung nach den aufgelösten nationalen Parteien etliche Wählerstimmen und Anhänger einzufangen, wobei die schönen Grundfragen als Köder dienen. Es ist niemandes anderer Schuld als die der deutschbürgerlichen Demokraten, wenn der Verdacht auftaucht, auch sie wollten nur einige Stimmen fangen, denn was an demokratischen Erkenntnissen und Einsichten aus dem Werbeblatt spricht, es wurde bislang nur in verflucht geringem Maße von ihnen in der politischen Tätigkeit praktiziert. Schon vorher, besonders aber zur Zeit, da die hakenkreuzfascistische Hochflut die deutschen Siedlungsgebiete am stärksten überschwemmte und die Durchschnittsbürger in Massen trunken vor Hitlerbegeisterung waren, hatte kein einziger der bürgerlichen Deutschdemokraten soviel Mut und Gesinnungstreue, für jene Werte einzutreten, die in dem Flugblatt angeführt werden und die damals von der berauschten Menge in Pausen und Bogen verdammt wurden, während sie gleichzeitig aus vertieften, irreführenden Gefühlsmomenten heraus falsche Götzen auf das Piedestal erhob. Dieser Hochflut des Massenwahns schied entgegen zu stemmen überließen damals die Deutschdemokraten allein der Sozialdemokratie.

Zur Einsicht und Umkehr mühte es sich doch nicht zu spät sein. Im deutschen Bürgertum ist freilich zur Zeit der politische Geist des Freiheits, der einstmal dort führend gewesen ist, arg in Verfall. Aber nicht deshalb, weil es heute ausgeschlossen erscheint, größere Teile des Bürgertums mit demokratischen Gedankengängen zu erfüllen, sondern weil die Deutschdemokratische Freiheitspartei und alle ihre Vorgängerinnen, von denen sich die einzelnen nur dem Namen nach von einander unterschieden, es selber längst aufgegeben haben, jene Prinzipien, die sie sauberlich in dem Flugblatt ausgesprochen werden, zu betätigen und für sie auch zu kämpfen. Wer will, daß er Gefolgshaft finde, der muß selber seine Grundfragen erst nehmen und sie nicht bloß zur gelegentlichen Anbetung für die Anhänger auf den Parteialter stellen. Niemand wird verkennen, daß sich insbesondere seit dem Anwachsen der Arbeiterbewegung im politischen Denken und Fühlen des Bürgertums weitgehende Veränderungen vollzogen haben, aber für eine ehrliche, aufrichtige, mannhafte demokratische Partei wäre selbst noch in dieser Zeit der Verwirrung aller Begriffe Raum im politischen Leben. Voraussetzung wäre allerdings nicht nur ein platonisches Bekenntnis zu all den schönen Dingen, von denen das Flugblatt zu erzählen weiß, sondern das ernste Bestreben, sie lebendig zu machen. Daß solche Kräfte innerhalb der Deutschdemokratischen Freiheitspartei am Werke wären, ist indessen trotz ihres Werbeblattes nicht zu sehen und so wird sich wohl an dem Schicksale, dem sie seit Jahrzehnten anscheinend unrettbar entgegengeht, nicht das geringste ändern.

Für Erhöhung der Altersrenten

Genosse Hackenberg über die geplante Sozialversicherungsnovelle

Genosse Hackenberg befaßte sich am Mittwoch in der sozialpolitischen Debatte im Budgetausschuß vorwiegend mit Problemen der Sozialversicherung, wobei er den Standpunkt vertrat, daß man den alten Arbeitern es durch eine entsprechende Erhöhung ihrer Altersrente ermöglichen müsse, aus dem Produktionsprozeß auszuschneiden und so Platz für jüngere Kräfte zu schaffen.

Die heutigen Renten der Sozialversicherung sind aber so niedrig, daß die Rentner davon nicht leben können. Sie müssen also weiterarbeiten und nehmen dadurch Jüngeren den Arbeitsplatz weg. Die geplante Novelle zur Sozialversicherung sieht eine Erhöhung der Altersrenten vor, die heute kaum 1200 bis 1500 K jährlich betragen.

Für die Erhöhung der Altersrenten einzutreten ist nicht nur Sache der Humanität, sondern es liegt im Interesse der ganzen Arbeiterklasse, daß durch das Ausschneiden der Rentenbesitzer aus dem Arbeitsverhältnis neue Arbeitsplätze für Jüngere geschaffen werden.

Eine große Gefahr für die geplante Erhöhung der Renten liegt nun darin, daß im Budget für den Staatszuschuß zu den Renten nur 53 Millionen eingeplant sind, obwohl der tatsächliche Aufwand 70 Millionen betragen wird. Wenn die restlichen 17 Millionen die Sozialversicherungsanstalt aus eigenem Belegen decken sollte, dann wäre das ganze Kompromißbedeutsam, das auf der Basis beruht, daß als Kompensation für die beabsichtigten Kürzungen bei der Krankenversicherung, die zu ihrer Sanierung notwendig sind, die Altersrenten erhöht werden sollen. Für diese Erhöhung sind 44 Millionen notwendig; wenn die Sozialversicherung aber die 17 Millionen tragen soll, die der Staat bezahlen sollte, dann ist die Rentenerhöhung in dem beabsichtigten Ausmaß nicht durchführbar.

Die Novelle soll aber auch einer Gefährdung der Krankenversicherung vorbeugen, die einer Sanierung dringend bedarf. Die Angriffe auf die hohen Verwaltungskosten der Renten sind nicht begründet, ebenso sind die Daten über das angebliche Durchschnittseinkommen der Rentnerangehörigen von 36.000 K völlig unrichtig. Einen Durchschnitt von 30.000 K erreichen bloß zwei oder höchstens drei leitende Beamte; die Manipulations- und Konzeptbeamten haben nur einen Durchschnitt von 12.000 K, die Vertrags- und Hilfsbeamten von 10.476 Kronen. Das sind alles Bruttoeinkommen.

Nach der Statistik für 1931 betragen die Einnahmen der Renten 923, die Ausgaben 1036 Millionen K. Davon entfallen auf Krankengelder und Unterstützungen 467,6, auf Heilfürsorge, Ärzte, Medikamente usw. 373,8 und auf Verwaltungsausgaben 190,6 Millionen; von letzteren entfallen wieder 78 Prozent auf den Personalaufwand. Im Vergleich zu den genannten Leistungen sind die Verwaltungsausgaben keinesfalls zu hoch. Wenn nur z. B. beim Staat die Verwaltungsausgaben nicht höher wären!

Nicht die Verwaltungskosten sind schuld an dem Defizit der Krankenkassen, sondern die zu geringen Einnahmen und die höhere Beanspruchung infolge der Krise.

Durch die Verschiebung der Versicherten in die niedrigeren Lohnklassen werden die Risiken schlechter, denn bis zur IV. Lohnklasse ist die Krankenversicherung passiv.

Verwaltungskosten von 25 Prozent, von denen Abg. Fruttscher sprach, kommen höchstens bei den landwirtschaftlichen Krankenkassen vor, auf

deren Verwaltung die Arbeiter keinen Einfluß haben. Durch die Krise hat sich zwar die Zahl der Versicherten verringert, aber die Arbeit in den Klassen mit den An- und Abmeldungen, den Krankheitsfällen usw. ist nur gestiegen; einen Abzug „überflüssiger“ Angestellter zu empfehlen, ist da natürlich falsch.

Die Sanierung der Krankenversicherungsanstalten kann nur durch entsprechende Erhöhung der Beitragsleistungen erfolgen. Bei der feineren Ausarbeitung der Sozialversicherung haben die Krankenteile als Krankenversicherungsbeitrag 6 Prozent vorgeschlagen, Herr Dr. Kramer hat 5 Prozent durchgesetzt. So ist es dazu gekommen, daß die Klassen schon in der Zeit größter Konjunktur, im Jahre 1927, in die Defizitwirtschaft hineingeraten sind. Schon in den Zeiten der guten Konjunktur wurden die Reserven verbraucht!

Einleitend hatte sich Genosse Hackenberg u. a. auch mit der produktiven Arbeitslosenfürsorge befaßt und verlangt, daß für diesen Zweck größere Mittel zur Verfügung gestellt werden;

das Fürsorgeministerium ist hier machtlos, weil ihm die Mittel fehlen. Ebenso wäre eine höhere Dotierung der Ernährungsaktion notwendig, denn es wird oft darüber klage geführt, daß die Zahl der zugewiesenen Ernährungsarten viel zu gering ist. Die neue Forderung Dr. Hofschers nach Verbesserung der Maschinenarbeit und Rückkehr zur Handarbeit wäre nur auf dem Wege internationaler Abkommen zu verwirklichen, ebenso wie die Verkürzung der Arbeitszeit oder die Abrüstung. Das einzige Mittel, um den Folgen der Rationalisierung zu begegnen, ist aber die Vergesellschaftung der Produktionsmittel; nicht die Besitzer der Maschine, sondern die Gesamtheit der Bevölkerung soll der Nutznießer der technischen Errungenschaften sein!

Heute Abstimmung im Budgetausschuß

Im Budgetausschuß wurde am Donnerstag die Debatte über die finanzielle Gruppe des Staatsvoranschlags durchgeführt, die die Kapitel Finanzen, Pensionen und Oberstes Kontrollamt umfaßt. Für unsere Fraktion sprach Genosse Kremsler, der sich u. a. mit Steuerfragen und mit der Sanierung der Selbstverwaltungskörper befaßte. Für morgen ist die Debatte über das Finanzgesetz und die Schlussabstimmung über die eingebrachten Abänderungsanträge vorgesehen.

Mieterschutzverlängerung Gegenstand offizieller Koalitionsverhandlungen

Prag, 23. November. Die parlamentarische Wohnungscommission trat heute unter Vorsitz des Fürsorgeministers Gen. Dr. Cizek zu einer Sitzung zusammen. Aufgabe dieser Kommission ist die Vorbereitung von Anträgen für die Entscheidung der Regierung in Sachen des Mieterschutzgesetzes vom 30. März d. J., das mit Ende dieses Jahre abläuft.

Nach einer Aussprache über die Aufgaben der Kommission wurde ihre Konstituierung durchgeführt. Zum Vorsitzenden wurde Dubicky (Agr.) gewählt, zum Stellvertreter Langr (Nat.-Soz.). Außerdem gehören der Kommission an die Abgeordneten: Chalupa (Soz.-Dem.), Bezdek (Volksp.), Genosse Hackenberg, Petrovich (Nat.-Dem.) und Heller (B. d. L.). Diese Mitglieder können je einen Vertreter ihrer Senatsklubs als Berater zu den Verhandlungen beiziehen.

Die nächste Sitzung wird am 29. November stattfinden.

Gestern hielt auch die Koalitionskommission für Sozialversicherungsfragen eine Sitzung ab, die in der nächsten Zeit die ausgearbeiteten Novellen zum Sozialversicherungsgesetz, bzw. zur Pensionsversicherung durcharbeiten und zur parlamentarischen Verhandlung vorbereiten soll.

Verhandlungen für das Ostrauer Revier

Keine Entlassungen bis Ende März 1934.

Mähr.-Ost., 23. November. (Tsch. P.-B.) Die Beratungen der Vertreter der Bergarbeiterorganisationen mit der Direktorenkonferenz des Ostrauer-Karwiner Steinkohlenebeckens wurden heute ausgenommen. Nach längerer Verhandlung über die gegenwärtigen Forderungen wurde folgende Übereinkunft erzielt:

1. Bis Ende März 1934 werden Entlassungen von Bergarbeitern, auch einzelner, eingestellt. Arbeiter, die gekündigt wurden, aber noch in den Unternehmen tätig sind, erhalten die Kündigungsfrist bis Ende März 1934 verlängert.

2. Die Gültigkeit des Abkommens über die Wochenurlaube wird bis zum 30. Juni 1934 verlängert.

3. Vom 1. Dezember 1933 wird das Pauschale für die Mitglieder der Betriebsräte auf Ks 60.— monatlich erhöht.

4. Mit Gültigkeit vom 16. November 1933 wird ein Leistungsrichtmaß auf der Basis 0,8 Tonne (Minimalleistung) und von 1,4 Heller pro Kilogramm (Zuschlag für größere Leistung) nach den Bedingungen des Kollektivvertrages festgesetzt. Praktisch wird sich dies bei der Auszahlung zum 15. Dezember d. J. zeigen.

Die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen vertieften darauf, keine Vollmacht zu besitzen, dieses Übereinkommen mit definitiver Gültigkeit annehmen zu können und sich erst die Zustimmung ihrer Funktionäre einzuholen.

Der Bergarbeiter-Raterrat hat eine Revierkonferenz aller Bergarbeitervertreter für Samstags, den 25. d. M., einberufen, an welcher der Sekretär des Revierrates Topinka und alle Vertreter der Bergarbeiter-Gewerkschaften, die an den Verhandlungen teilgenommen haben, Bericht erstatten werden.

Der Senat ist zu einer Plenarversammlung am Dienstag, den 28. d. M. um 4 Uhr mit nachfolgender Tagesordnung einberufen: Maßnahmen für die Anstellung einstellender periodischer Zeitschriften, Geset über die Verlängerung der Wirkung einiger gesetzlicher Bestimmungen in der Strafgerichtsbarkeit, zweite Lesung des Handelsabkommens mit Polen, Immunitätsangelegenheit des Genossen Nechyl. — Der verfassungsmäßige Ausschuss hält um halb 3 Uhr, der volkswirtschaftliche um 3 Uhr eine Sitzung ab.

Handelsvertragsverhandlungen mit Desterreich. Donnerstag haben in Wien die Verhandlungen der Tschechoslowakei mit Desterreich wegen Abschluss eines Handelsvertrages begonnen.

18

Der Puppenspieler

Roman von Felix Fechenbach

Franz stellte das Tablett mit dem Kaffee auf den Tisch.

„Der Herr Spieß muß jeden Augenblick kommen, Herr Hein. Der ist sonst immer schon um Viertel da.“

„Wenn man den Esel nennt, dann kommt er auch gerannt!“ zitierte Kilian Hein. Denn Spieß schob gerade seinen Bauch durch die Tür, und dann mußte er selbst auch gleich da sein. Festig schnaufend landete Spieß beim Stammtisch, denn das Treppensteigen war für ihn bei seinem gewaltigen Umfang eine erhebliche Leistung.

„Wenn ich Baumeister wär, ich tät nur Häuser mit Partierträumen bauen. Diese verfluchten Treppen!“

Er setzte sich und fiel schwer auf die Sofa-bank. Hein stolperte ihn gern und konnte es auch heute nicht lassen trotz den Sorgen, die er wegen der Gretl hatte:

„No, hast deine zweieinhalb Zentner doch noch einmal die Treppe raufgebracht?“

„Nur kein Meid! Der Bauch is schon in Ordnung.“ Dabei klopfte er sich mit der flachen Hand behaglich gegen den Leib. „Der hat sein gutes Weid gefoslet.“

Karl Spieß liebte nämlich einen guten Bissen und wußte auch mit einem kräftigen Trunk umzugehen. Er wunderte sich, Hein hier schon vorzufinden.

„Daß du schon da bist, Kilian! Das muß doch eine besondere Bedeutung haben.“

„Dats auch, Karl, hats auch!“

„No, dann schief los!“

„Ja, das is nit so einfach. Aber ich will

nit wie die Kage um den heißen Brei rumgeh'n. Also, hör amal zu! Du kennst doch mei Gretl?“

„Natürlich kenn ich die, Is e nett's Mädle worden.“

„Das freut mich, daß sie dir g'fällt. Ich hab dich nämlich fragen wolln, was du dazu sagst, wenn meine Gretl und dein Michel sich später amal heiraten täten?“

„Ja, wie kommst denn so plötzlich auf sowas? Das kann ich doch nit so aus 'm Kermel sagen. Da muß ich erst mit meiner Frau reden. Oder hat sich der Michel schon an bei Mädle rangemacht? G'sagt hat er mir noch niz davon.“

„Nä, davon is lei Red. Sowas müssen mir zwei erst ins Reine bringen, und wenn wir uns einig sin, dann werden die zwei jungen Leut schon nit mein sagen.“

„Wär ja nit übel. Ich hätt' niz dagegen. Aber, wie g'sagt, mit meiner Josefine muß ich doch erst reden. Da kommt übrigens der Schorsch. Nächste Woch hört weiter davon.“

Bädermeister Schorsch Fischer war mit dem Glodenschlag um halb drei Uhr ins Lokal gekommen:

„Es geschehen noch Reichen und Wunder! Der Kilian is amal pünktlich! Das muß man in Schornstein schreiben.“

„R Kaffee, Franz.“

Der Kellner brachte zwei Tablett mit Kaffee für Spieß und Fischer und stellte auch gleich die Spielstühle mit einer Tarock-Karte auf den Tisch.

Was Karl Spieß an Leibesfülle zu viel hatte, das hätte der hagere Fischer gut brauchen können. Er war, wie Spieß zu sagen pflegte, dürr zum Abrennen.

Kaum sah er auf seinem Stuhl — traditions-gemäß nahmen die beiden Beisitzer die Polsterbänke ein — da nahm er auch schon die Karten zur Hand, verteilte die Spielstühle und legte in

den größeren Teller seinen Kränziger als Einsatz. Die beiden anderen zogen auch ihre Börsen und folgten seinem Beispiel. Jeder hob eine Karte um.

„Kilian gib!“ stellte Fischer fest. „Er hat das Ah!“

„Aber bloß beim Geben! Im Spiel krieg ich lauter Mist.“

Kilian Hein mischte und gab, nachdem Fischer abgehoben hatte, die Karten.

„Mußt dir halt selber e dike Trumpfkarte geben, hast ja jetzt in der Hand,“ meinte Fischer.

„Aufs Vogelcn versteh ich mich nit.“

Nach diesem freundschaftlichen Geplänkel begann das Spiel. Kilian Hein hatte grundsätzlich kein Glück beim Kartenspiel. Es war heute nicht anders. Er hat natürlich wieder verloren, aber da man nicht hoch spielte, war es leicht zu verschmerzen.

„Die Karten müssen sich direkt gegen mich verschwoeren haben!“ meinte er, als man um sechs Uhr die Karten weglegte.

„Unglück im Spiel, Glück in der Liebe!“ sagte Karl Spieß darauf, und blinzelte ihm viel-sagend zu.

Die drei Tarockbrüder sahen noch eine Weile beisammen und schimpften auf den Magistrat, dem alle naselang was Neues einfallte.

„Was das jetzt wieder sein soll! Eine Preistafel mit Gewichtsangabe für Brot sollen wir ins Schaufenster hängen,“ räsionierte Spieß. „Als ob wir die Kundschaft beim Gewicht beschummeln wollten! Pure Schikane, weiter niz!“

„Die Herren Rechtsräte im Rathaus droben müssen doch zeigen, daß sie ihre Gehälter nit umsonst beziehen,“ hieb Fischer in die gleiche Kerbe.

„Franz, zahlen!“

Die drei Bädermeister bezahlten ihre Pecher und legten für Franz das Kartenzeld auf den Tisch. Beim Hinuntergehen sagte Kilian Hein noch zu Spieß:

„Wenn d' mit deiner Frau g'sprochen hast wegen meiner Gretl, dann sagst mir Bescheid, gell! Also, bis nächsten Samstag!“

4.

Seit drei Wochen besuchte Lene Cornelius zusammen mit Franz Hein in der Sanderstraße einen Tanzkurs. Von der Großmutter hatte sie die zwanzig Mark Kursgebühr bekommen. Die ersten paar Abende bekam Lene den Franz und die übrigen männlichen Teilnehmer des Kurses überhaupt nicht zu sehen. Die Mädchen hatten zunächst gesonderten Unterricht, und auch die Herren blieben vorerst unter sich. Das war zwar ein bißchen langweilig, hatte aber doch auch seine Vorteile. Man war dann nicht mehr ganz so tapzig, wenn später der gemeinsame Unterricht begann. Inzwischen hatte man auch die gehörige „Benehmtheit“ gelernt, wie Franz sagte, und trat seiner Tanzpartnerin nicht bei jedem Schritt auf die Fußspitzen. Solange man mit einem Herrn darauf trat, war das weiter nicht schlimm. Die Kommen schon cher vertragen.

Für Dienstag abend nach der Kilianmesse war der erste gemeinsame Unterricht festgesetzt. Franz, der an den Tanzabenden erst um 11 Uhr in der Badstube sein mußte, ging mit Lene gemeinsam nach der Sanderstraße.

„Also, heut abend wer'n wir zum erstenmal aufeinander losgelassen, Lene! Kamst denn schon was?“

„Das bißle, was du weniger kannst, wie ich, das wird mit viel antreffen, Franz. Da brauchst dich wohl nit großtun damit.“

„Wolln wir erst mal sehn, wer sich toll-patschiger anstellt, du oder ich.“

„E bißle Angst hab ich doch, Franz. Weißt, wenn so viele Herrn da sin, die ich alle nit kenn. Am g'scheinsten is, du tanzst bloß mit mir, bis ich die andern kenn.“

(Fortsetzung folgt.)

Van der Lubbes Geheimnis:

Das entscheidende Wort — unausgesprochen!

Der Wahrheit näher als jemals zuvor kamen die Aussagen Lubbes während des gestrigen Prozeßtages. Hätte der Vorsitzende nicht einmal die Verhandlung unterbrochen und später der Oberreichsanwalt das Interesse von dem wesentlichen Punkt abgelenkt, so wäre der gestrige Tag zu einer Katastrophe der Anklage gegen Lubbe und die anderen Angeklagten geworden.

Schon der Beginn des Tages, der eine weitere Widerlegung der Aussagen des Kronzeugen Grothe brachte, war ein Schlag gegen den Oberreichsanwalt. Als dann Lubbe durch einen Angriff auf das Gericht überraschte und schließlich andeutete, daß nicht die Brandstiftung selbst das Interessante sei, sondern „das, was drum rum geschah“, wußte der Vorsitzende seine andere Meinung, als schnell eine Pause einzuschleiben, „damit der Angeklagte sich die Sache noch einmal überlegen könne“. Der Einspruch, den Lubbe nach der Pause machte, rechtsfertig die Ueberzeugung, daß seine Wärrer die Unterbrechung gut ausgenützt haben. Trotzdem kam es zum Schluß noch einmal zu einer halben Enthüllung Lubbes, die um so sensationeller wirkt, weil Lubbe im entscheidenden Augenblick mit den Worten „das kann ich nicht sagen“ zusammenbricht und schweigt.

Das Wolff-Büro meldet: Leipzig, 23. November. Im Reichstagsbrandstifterprozeß begann Donnerstag in Leipzig die letzte Phase. Zunächst handelt es sich allerdings darum, noch einige restliche Vernehmer zu vernehmen. Diese Vernehmungen werden aber höchstens noch diese Woche in Anspruch nehmen, so daß spätestens Montag die politischen Fragen behandelt werden können.

Als erster Zeuge wird der Fahrstuhlführer vom Reichstag Dusterhöft vernommen. Der Zeuge war am Brandabend zusammen mit dem Garderobediener Kohls in der Garderobe des Portals II und hat die verschiedenen Anrufe des Zeugen Kohls zum kommunistischen Traktionszim-

mer beobachtet. Dusterhöft kann nicht genau sagen, wie oft Kohls zu telefonieren versuchte. Er weiß nur, daß es mehrmals war, und daß dann, während Kohls den Hörer noch in der Hand hatte, von oben auf dem Nebenapparat angerufen wurde, daß die Garderobe des Abgeordneten Torger herausgebracht werden sollte.

Barz widerlegt Grothe

Als Zeuge wird dann der Bögler Otto Barz vernommen, in dessen Wohnung die kommunistische Konferenz stattgefunden haben soll, von der der Zeuge Grothe in seiner Aussage berichtet hat. Barz erklärt, er sei nicht Kommunist, aber von 1930 bis November 1932 Mitglied der Roten Hilfe gewesen.

Er kenne weder Singer noch Kempner, aber Grothe sei ihm bekannt als Mitglied der Roten Hilfe.

Vorsitzender: Grothe hat gesagt, in Ihrer Wohnung habe im Frühjahr 1933 eine Sitzung stattgefunden, an der Singer und andere Kommunisten teilgenommen haben.

Zeuge: Das kann nicht stimmen. Ich bin am 14. April ins Krankenhaus gekommen und habe drei Wochen vorher zu Hause fast immer im Bett gelegen.

Trotz umfangreicher Bestrahlung und zahlreicher Vorhänge bleibt der Zeuge Barz dabei, daß in seiner Wohnung keine Konferenz stattgefunden habe.

Er sei mit Grothe nicht befreundet, und könne nicht verstehen, daß Grothe solche Angaben gemacht hat.

Der Angeklagte gibt jetzt nur zögernd und kurz bejahende Antworten auf die Fragen. Trotz der Aufforderung, sich zusammenhängend zu äußern, beschränkt er sich auf kurze Antworten auf die Vorhalte.

Das ändert sich erst, als der Vorsitzende ihn fragt, ob die Neuföllner, mit denen er mehrere Tage verkehrte, Kommunisten gewesen sein. Lubbe sagt darauf erregt: Das kann ich doch nicht sagen, ob es Kommunisten waren. Vorsitzender: Haben Sie dann nicht mit den Leuten darüber gesprochen? Haben Sie nicht gefragt, ob sie Kommunisten sind? Van der Lubbe: Man fragt so etwas nicht. Vorsitzender: Wenn Sie jetzt sagen, Sie wüßten nicht, ob es Kommunisten waren, so glauben wir Ihnen nicht. Van der Lubbe: Ich antworte auf die Fragen das, was ich weiß. Vorsitzender: Wann haben Sie die Wärrer gefaßt, den Reichstag anzustechen? Van der Lubbe: In der Nacht vom Freitag zum Samstag. Ich kann mich daran erinnern, daß ich am Sonnabend morgens den Entschluß gefaßt habe. Darüber habe ich aber mit keinem gesprochen. Vorsitzender: Warum nicht? Van der Lubbe: Weil ich das als meine eigene Angelegenheit ansehe. Ich habe das doch alles schon angefaßt. Wenn es so wichtig erscheint, dann kann ich es ja wiederholen. Der Vorsitzende fragt weiter, warum Van der Lubbe nach Deutschland gekommen sei. Er erwidert darauf, wegen der neuen Berichte aus Deutschland, verneint aber, daß er damit die Regierung meine.

Lubbes alte Leier

Lubbe: Die Brandstiftungen waren mein eigener Entschluß. Auf weitere Fragen erklärt Lubbe, als er den Entschluß faßte, das Wahlfahrtsamt, das Schloß usw. in Brand zu setzen, habe er an den Reichstag noch nicht gedacht. Dieser Entschluß sei ihm erst am Montag morgens gekommen. Auch in Hennigsdorf habe er daran noch nicht gedacht. Vorsitzender: Das ist sehr unwahrscheinlich und ich glaube Ihnen das nicht. Lubbe: Auf dem Wege von Hennigsdorf nach Berlin kam mir morgens der Gedanke, ein Gebäude anzuzünden und in der Müllerstraße habe ich dann, nachdem ich überlegt hatte, welches Gebäude in Frage kommt, mich entschlossen, den Reichstag anzuzünden.

Vorsitzender: Das wird Ihnen schwer glauben. Im übrigen haben die Gelehrten festgestellt und auch der gesunde Menschenverstand sagt es, daß sie den Reichstagsbrand nicht allein gemacht haben können. Van der Lubbe: Ich habe den Brand angelegt und der Brand hat sich selber ausgebreitet. Vorsitzender: Und wer hat das andere gemacht, die Vorbereitungen? Van der Lubbe: Weiter keiner.

Lubbe schildert nochmals kurz die Brandlegung im Reichstag und behauptet, im Plenarsaal habe er zuerst die Gardine angesteckt. Vorsitzender: Das stimmt alles nicht, denn die Sachverständigen sagen, die Gardine brennt gar nicht, oder doch sehr schwer. Lubbe: Sie hat aber doch gebrannt.

In der entscheidenden Sekunde: „Das kann ich nicht sagen...“

Vorsitzender: Wir glauben Ihnen das nicht, weil das Feuer, das nachher gesehen worden ist, ganz anders aussah, als daß Sie es nach der Art

Ihrer Schilderung angesteckt haben könnten. Es war auf dem Präsidium eine lange Flamme und auf den Stühlen waren einzelne Flammen ohne Zusammenhang miteinander. Wollen Sie behaupten, daß Sie auf jedem einzelnen Stuhl die Flammen angesteckt haben?

Lubbe: Ich habe nicht behauptet, daß ich das gemacht habe.

Vorsitzender: Wer hat es denn gemacht?

Lubbe: Ich habe nur gesagt, daß ich den Vorhang angesteckt habe.

Vorsitzender: Wer hat das andere gemacht?

Lubbe: Das kann ich nicht sagen, das sollen ...

Vorsitzender: Das wollten Sie weiter sagen?

Van der Lubbe schweigt.

Oberreichsanwalt lenkt ab

Sie haben heute wieder dasselbe gesagt wie früher. Zwei Punkte können wir Ihnen aber nicht glauben. 1. glauben wir nicht, daß Sie erst am Montag morgen den Entschluß gefaßt haben, den Reichstag anzustechen; 2. können wir Ihnen nicht glauben, daß Sie das allein gemacht haben. Wenn Sie nicht dazu beitragen, daß hier auf den Grund gesehen wird, dann muß ich das Verfahren noch länger hinauszuziehen.

Oberreichsanwalt: Hat der Angeklagte flüssige Brandmittel gehabt? Van der Lubbe: Ich habe als Brandmaterial nur die Kohlenanzünder gehabt. Ich habe auch nichts auf die Kohlenanzünder aufgeschüttet, sondern ich habe sie mit Streichhölzern angesteckt.

Der Oberreichsanwalt fragt, ob er sich mit Absicht im Reichstage habe festzusetzen lassen oder wie er sich das Entkommen aus dem Reichstag gedacht habe. Lubbe erwidert, er habe abgewartet, bis die Sache zu ende war. Oberreichsanwalt: Sie haben früher gesagt, daß Sie gar nicht flüchten wollten. Lubbe: Ich gebe das zu. Vorsitzender: Hat Ihnen jemand gesagt, daß Sie sich festnehmen lassen sollten? Lubbe: Ich habe mit niemandem darüber gesprochen.

Wolff-Büro wird einsilbig Wortenzug für Dimitrow — warum?

Bisher hat der amtliche Bericht die Verhandlung recht ausführlich wiedergegeben, jetzt wird er lakonisch und vermeidet es, die Fragen Dimitrows anzuführen.

Der Angeklagte Dimitrow meldet sich zur Fragestellung. Trotz der Ermahnung des Vorsitzenden, sich auf Fragen zu beschränken, gleitet Dimitrow wieder auf politisches Gebiet, so daß sich der Vorsitzende schließlich gezwungen sieht, Dimitrow das Wort zu entziehen.

Auf weitere Fragen des Vorsitzenden bestätigt Lubbe, daß er zuletzt bei der Brandlegung Stimmen gehört und gerade deswegen noch schnell im Umgang Feuer angelegt habe. Er habe eben so viel wie möglich Brandstellen anlegen wollen, ehe er gefaßt wurde. Es sei nichts vorher im Plenarsaal gewesen. Er habe den Plenarsaal selbst angesteckt.

Dimitrow: Ich glaube, daß Van der Lubbe persönlich der Ueberzeugung gewesen ist, daß er es allein war. Vielleicht hat er aber mit jemandem vorher darüber gesprochen und ist ein mißbrauchtes Werkzeug geworden. Lubbe verneint dies.

Nach weiteren Fragen — (wessen Fragen, und welchen Fragen?) — wird die Verhandlung auf Freitag vertagt.

„Ich will mein Urteil haben!“

„Die andern Angeklagten haben mit dem Brand nichts zu tun!“

Es kommt dann zu der sensationellen Wendung.

Van der Lubbe erhebt sich plötzlich und fragt:

Ich möchte wissen, wann das Urteil gesprochen und vollstreckt wird.

Vorsitzender: Das kann ich heute noch nicht sagen. Es liegt mit an Ihnen, wenn Sie mit der Sprache herauskommen, wer Ihre Mitläufer sind.

Van der Lubbe: Das ist doch ungenügend. Ich habe zu verstehen gegeben, daß ich den Reichstag angesteckt habe.

Verteidiger Dr. Seuffert fragt den Angeklagten: Hat Ihnen niemand geholfen?

Lubbe: Die Entwicklung des Prozesses wird zu umständlich. Ich verlange vom Präsidenten, daß das anders wird.

Vorsitzender: Sagen Sie doch einmal, mit wem Sie den Reichstag in Brand gesteckt haben?

Lubbe: Die anderen Angeklagten bestätigen doch selbst, daß sie nichts mit dem Prozeß zu tun und den Reichstag nicht angezündet haben und nicht drin gewesen sind.

Vorsitzender: Darüber aber gerade muß Beweis erhoben werden.

Van der Lubbe antwortet laut und in großer Erregung, daß er mit der Entwicklung der letzten acht Monate gar nicht einverstanden sei.

Das ist mein Prozeß:

Vorsitzender: Ich habe Ihnen schon wiederholt gesagt, daß das Gericht Ihre Angabe, daß Sie es allein gemacht haben, nicht glauben kann. Nun sagen Sie uns doch, mit wem Sie es gemacht haben und wer Sie dabei unterstützt hat.

Aus der längeren Erwidrerung Lubbes überläßt der Dolmetscher:

Ich kann nur immer wieder sagen, daß ich den Reichstag ganz allein angesteckt habe. Die anderen Angeklagten stehen zwar mit in dem Prozeß, aber sie haben damit nichts zu tun. Das ist mein Prozeß. Ich bin der Angeklagte und ich will mein

Urteil haben, damit ich 20 Jahre Gefängnis bekomme oder den Tod oder ich will jedenfalls, daß etwas geschieht. Die ganze Entwicklung ist so geworden, weil man in den Reichstagsbrand den Symbolismus hineingebracht hat.

Oberreichsanwalt: Was meint der Angeklagte mit dem Wort Symbolismus?

Dr. Seuffert: Er wendet sich dagegen, daß der Reichstagsbrand die Bedeutung eines Symbols, eines Fanals, haben soll.

Van der Lubbe: Was ist denn das für eine Tat, diese Reichstagsbrandstiftung? Das ist eine Tat von 10 Minuten oder höchstens einer Viertelstunde gewesen. Das habe ich ganz allein gemacht.

Vorsitzender: Haben Sie denn die Aussagen der Sachverständigen verstanden, die das für unmöglich erklärten?

Van der Lubbe: Ja. Die sagen immer, es sei ausgeschlossen, daß eine Person das gemacht hat. Das ist der persönliche Glaube der Sachverständigen. Ich habe es aber doch allein gemacht. Ich habe mit meiner Zange allein den Plenarsaal angesteckt.

Lubbe spricht auch weiterhin fließend und läßt den Dolmetscher kaum zum Wort kommen. Er spricht teilweise erregt und laut und begleitet seine Ausführungen mit lebhaften Handbewegungen.

Lubbe: Der Brand ist gar nicht kompliziert, aber...

Dimitrow, zu Lubbe geworden: Nach meiner Meinung hat der Präsident recht, wenn er es als unglaublich bezeichnet, daß nur eine Person diesen komplizierten Brand angelegt hat.

Lubbe wendet sich zu Dimitrow mit dem Einwurf: Der Brand ist gar nicht kompliziert. Er ist ganz einfach zu erklären. Aber was drum rum geschwieben ist ist was anderes gewesen. Die Brandstiftung selbst ist sehr einfach.

Der Vorsitzende legt eine Pause ein und ersucht den Angeklagten, sich die Sache noch einmal zu überlegen.

Nach der Pause

Ist die Veränderung, die mit Lubbe vorgeht, so auffallend, daß sogar das amtliche Wolff-Büro zugeben muß, daß Lubbe wieder nur zögernd, unbestimmt und zurückhaltend aussagt und sich auf kurze bejahende Antworten beschränkt. Jetzt sind seine Aussagen eine Wiederholung seiner bekannten Behauptungen, daß er den Brand allein gelegt habe und mit niemandem über seinen Plan gesprochen habe. Erst als ihn der Vorsitzende an die Aussagen der Sachverständigen erinnert, läßt er sich unerwartet zu der Erklärung hinreißen, daß er nur die Gardine, aber nicht die andern Gegenstände in Brand gesteckt

habe. Doch als dann die Frage kommt, wer die andern Brandherde gelegt hat, schweigt er und der Oberreichsanwalt bezieht sich, von etwas anderem zu sprechen.

Der Vorsitzende läßt Lubbe vor den Richtern treten und erklärt, daß er ihn jetzt nochmals gründlich über die Vorgänge vor dem Reichstagsbrand vernahmen wolle. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten in derselben Weise wie in den ersten Verhandlungstagen aus den verschiedenen Protokollen die Aussagen Lubbes über seine Gespräche mit den Neuföllner Kommunisten und die darauf folgenden Dinge vor.

Sozialdemokratische Landespartei des Saargebietes — Mitglied der S.A.L.

„Das Geheimnis der Freiheit ist der Mut!“

Saarbrücken. (Eigenbericht.) Auf dem sonntägigen außerordentlichen Parteitag der Saarländischen Sozialdemokratie, verbunden mit dem ersten sozialistischen Freiheitstag, hat der Führer der Freiheitsfront des Saargebietes Max Braun im Einverständnis mit dem Vorstand der deutschen Sozialdemokratie in Prag und dem Generalsekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Zürich die Sozialdemokratische Landespartei des Saargebietes ausgerufen, die Mitglied der Internationale mit eigener Vertretung werden wird. Zu diesem Akt und zur Teilnahme am ersten sozialistischen Freiheitstag des Saargebietes waren außer dem Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie Otto Wels die Vertreter verschiedener Landesorganisationen der Internationale erschienen, während andere, die an der Teilnahme verhindert waren, der saarländischen Sozialdemokratie zu ihrem Freiheitstags ihre kameradschaftlichen Grüße mit dem Versprechen ihrer solidarischen Hilfe überfand hatten.

Von der französischen sozialistischen Partei waren anwesend Gumbach (Paris) und der Führer der elsässischen Sozialdemokratie Chefredakteur Wagner (Mühlhausen), die belgische Arbeiterpartei hatte den Senator Wauters und den Außenpolitiker des „Peuple“ Sachse entandt. Die luxemburgische Sozialdemokratie war durch den Direktor des „Echer Tageblatts“ Clement und den Advokaten Dr. Blum vertreten. Die englische Labour Party, die schweizer Partei und die tschechoslowakischen beiden Bruderparteien hatten dem außerordent-

lichen Parteitag, verbunden mit dem ersten Sozialistischen Freiheitstag, ihre Glückwünsche und das Gelübnis steter Hilfsbereitschaft überfand.

Die demonstrative Kundgebung nahm einen glänzenden Verlauf. Der Delegierten sowohl wie der Gäste wie der übrigen Besucher bemächtigte sich eine steigende Ergriffenheit und wachsende Begeisterung. Die oratorisch wie inhaltlich gleich ausgezeichneten Ansprachen der ausländischen Vertreter an den Parteitag, die flammenden Referate von Georg Deder und Max Braun, der seiner Rede die Perikles-Worte „Das Geheimnis der Freiheit ist der Mut“ voranstellte, der Treuschwur der Jugend und des Schulbundes auf die Partei, auf die Freiheitsfront und den Führer und endlich der feierliche symbolische Akt der Auslegung des Freiheitstagesbuches der Saar, in das sich zunächst der Vorstand der Partei und daranschließend die gesamten Teilnehmer eintrugen und in dem an diesem Morgen in einer halben Stunde der Einzugschein bereits über 5000 Franken freiwilliger Spenden niedergelegt wurden, wickelten ein Programm ab, das allen Teilnehmern unvergesslich bleiben wird.

Stärker denn je hat sich an diesem ersten Sozialistischen Freiheitstag der Saar der siegenentschlossene Kampfwille der saarländischen Freiheitskämpfer manifestiert — stärker aber auch denn je die internationale Solidarität des Sozialismus und der europäischen Charakter des Saargebietes seit der Errichtung der Hölzerdespotie in Deutschland!

Sogar die „Bohemia“ anerkennt die Arbeit des Fürsorgeministers

Die sehr sich Genosse Dr. Czoch durch seine im Interesse der wirtschaftlich Schwächsten geleistete hingebungsvolle Arbeit Anerkennung weit über die sozialistischen Kreise hinaus erringt, dafür ist charakteristisch die Stimme der „Bohemia“, der doch niemand Sozialistenfreundlichkeit vorwerfen kann und die in ihrem Leitartikel vom Donnerstag schreibt:

„Ist es dem Fürsorgeministerium mit seinen geringen Mitteln auch nicht gelungen, die Not in jeder Form zu bannen, so muß doch anerkannt werden, daß dieses schwierige und überaus undankbare Ressort alles Menschenmögliche geleistet hat. Niemand kann behaupten, daß hier öffentliche Gelder verschwendet worden wären. Wohl hat die Presse der tschechischen Agrarier einige Fälle von unberechtigtem Bezug der Arbeitslosenunterstützung veröffentlicht, und es mag sich auch sonst noch einer oder der andere Fall dieser Art ereignet haben. Aber was bedeuten diese Einzelfälle bei der Armee von 600.000 Arbeitslosen? Eine Kontrolle, die jeden einzelnen Fall von Mißbrauch aufspüren wollte, müßte mit den damit verbundenen Kosten Tausenden von Bedürftigen die große Unterstützung rauben.“

Indem wir diese Feststellungen machen und mit dem Wunsche verbinden, daß die soziale Fürsorge nie zum Stiefkind der staatlichen Finanzwirtschaft herabsinken möge, müssen wir den Ausführungen des Ministers beipflichten, die dieser an den Schluß seines Exposés gesetzt hat. (Es wird nun der Schluß der Rede des Ministers zitiert, in welchem er darlegt, daß Sozialpolitik Gesundung des Volkstörpers bedeutet.)

Wahlniederlage des D. S. V. in B.-Budweis. Bei der am 19. November stattgefundenen Schiffsmanwahl beim Handelsverein in B.-Budweis erlitt der D. S. V., der den Wahlsieg im Geiste des „Dritten Reiches“ führte, eine schwere Niederlage. Während die Liste 1, geführt vom Einheitsverband der Privatangestellten, auf sich 495 Stimmen vereinigte, erzielte die D. S. V.-Liste 2 nur 19 Stimmen gegen 80 Stimmen bei der letzten Wahl. Damit gingen dem D. S. V. die bisher innegehabten zwei Mandate verloren. In allen Bevölkerungsschichten, nicht zuletzt in Angestelltenkreisen herrscht lebhafteste Befriedigung darüber, daß die Hafenkreuzler aus dem Schiffsmanwahl hinausgewählt wurden. Es ist zu hoffen, daß auch anderenorts die Handelsangestellten bei den künftigen Schiffsmanwahlen alles daransetzen werden, den D. S. V. dorthin zu weisen, wohin er gehört.

Fortsetzung der Abrüstungsverhandlungen an der italienischen Riviera

Paris, 23. November. Außenminister Paul-Boncour ist heute früh wieder zurückgekehrt. Die Pariser Blätter billigen es, daß der Ausschuss der allgemeinen Abrüstungskonferenz in seiner gestrigen Sitzung das Prinzip des weiteren Andauerns der Konferenz ausgesprochen und die technischen Ausschüsse damit betraut hat, ihre Arbeiten fortzusetzen. Die Regelung der Schwierigkeiten politischen Charakters wird auf dem üblichen diplomatischen Wege, und nicht durch irgendeine rivalisierende neue Konferenz, wie „Petit Parisien“ schreibt, gesucht werden. Das Blatt fügt hinzu, selbst wenn die Staatsmänner später dazu gebracht würden, anderswo zu konferieren, werden die Einladungen zu einer derartigen Beratung nicht bloß auf die Signatur des Viererpaktes beschränkt werden, sondern es werden hierbei sämtliche interessierten Staaten ihr Wort zur Geltung bringen können. Vor den Schlussverhandlungen werde man aber wieder nach Genf zurückkehren müssen.

Außenminister Dr. Benes von Genf abgereist

Genf, 23. November. Außenminister Doktor Benes ist heute um sechs Uhr abends von Genf nach Prag abgereist. Vor seiner Abreise hatte Dr. Benes eine längere Unterredung mit dem Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz Henderson im Hotel „De la Paix“. Außerdem empfing Dr. Benes heute zweimal den Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten Wilson. Gestern abends besuchte den tschechoslowakischen Außenminister der russische Vizepräsident in Paris Dowgalewski.

150 Millionenanleihe der Schweiz

Vern, 23. November. Die schweizerische Regierung hat beschlossen, eine Anleihe im Betrage von 150 Millionen Schweizer Franken aufzunehmen, die durch Konversion der im Jahre 1924 getätigten und im April 1934 fälligen Anleihe zustandekommen wird. Die neue Anleihe wird mit 4 Prozent verzinslich sein. Der Umtausch der Dollarobligationen für neue Obligationen in Schweizer Franken wird auf Goldbasis zum Kurs von 5 Franken 12 Centimes pro Dollar durchgeführt werden. Der Emissionskurs der neuen Anleihe wird 99,75 Prozent betragen. Die Amortisierung der Anleihe wird am 15. Dezember 1948 beginnen und am 15. Dezember 1953 enden.

Tagesneuigkeiten

Die Katastrophe des russischen Riesenflugzeuges.

Paris, 23. November. Die Blätter besaßen sich mit offensichtlicher Teilnahme mit der Katastrophe, von welcher gestern das Sowjetflugzeug betroffen wurde und bei welchem 13 Personen darunter auch der hervorragende Sowjetflieger Michael Snegirow, ums Leben kamen. Das Flugzeug, welches bei dem Sturze zertrümmert wurde, war der Stolz des Sowjetflugwesens. Obwohl es erst vor kurzem fertig gestellt worden war, hatte es bereits 20 Probeflüge erfolgreich bestanden. Es war ganz aus Metall hergestellt. 128 Passagiere konnten in 16 Kabinen mit je vier Schlafstätten untergebracht werden. Unter den ums Leben gekommenen befinden sich auch einige Ingenieure, welche an dem Bau des Flugzeuges beteiligt waren.

Vierfacher Mörder hingerichtet.

Paris, 23. November. In Bordeaux wurde heute früh ein 23jähriger Mann, der im Februar seine Mutter, seine Frau und seine zwei Kinder ermordet hatte, durch die Guillotine hingerichtet. Es ist dies im Laufe des November die dritte Hinrichtung in Frankreich.

400.000 Sterilisationen.

Berlin, 23. November. (Anpreß.) Das Nazigesetz über die Sterilisation Minderwertiger soll am 1. Jänner 1934 in Kraft treten. Man rechnet damit, daß etwa 400.000 Deutsche in den nächsten zwei Jahren sterilisiert werden. In erster Linie sollen die rund 100.000 Epileptiker, die Deutschland zählt, von der Maßnahme erfaßt werden. Viel wichtiger ist, daß bei den weiteren 300.000 Menschen den Nazis die Bestimmung überlassen bleibt, wer „minderwertig“ ist.

Die Durchführung des neuen Gesetzes wird einen Kostenaufwand von etwa 10 Millionen Reichsmark erfordern.

Bis zum Wahnsinn gefoltert.

Dem Wiener „Morgen“ ist es gelungen, Nachrichten aus dem Polizeigefängnis bei der Frauenkirche in München zu erlangen, die wieder einmal den ganzen Schrecken der deutschen Gefängnisse offenbaren.

„Alle Gefangenen“, schreibt der „Morgen“, „weisen zum Teil entsetzliche Verletzungen auf, die ihnen durch Prügeleien der SA zugefügt worden sind... Am ärgsten sind wohl die Verletzungen, die der Verlagsbuchhändler Grubly aus Innsbruck davongetragen hat. Der Mann, der ein in der Industrieles Handbuch vertritt, war mit seinem Sohn nach München gekommen. Dort wurde er auf der Straße als angeblicher Freund des Sicherheitsdirektors von Tirol, Dr. Steidle, erkannt und, obwohl er Steidle nur flüchtig kennt, von der österreichischen SA in das Stabsquartier dieser Truppen, dem „Hotel Römischer Kaiser“ gebracht. Im Hotel mußte sich Grubly ausziehen und wurde von den SA-Leuten mit Gummistöcken verprügelt. Man schlug ihn besonders auf die Handrücken und auf den Kopf, so daß er schwere Schwellungen und offene, blutende Wunden davontrug... Ein grauenhaftes Bild des Jammers bietet ein Tiroler, der schon seit dem 19. März in Einzelhaft im Polizeigefängnis inhaftiert wird. Der Mann ist von den ausgetragenen Qualen wahnsinnig geworden. Mit tierischem Blick schaut er auf die Wände, strubbig wachsen ihm Bart und Kopshaare... Obwohl man es jetzt mit einem offensichtlich Geisteskranken zu tun hat, wird der Unglückliche nicht aus der Haft entlassen... Diese SA-Männer kennen in ihrer Grausamkeit keine Grenzen...“

Krankentassen-Aerzte und Urier!

Berlin, 23. November. Eine soeben erlassene Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Zulassung von Ärzten, Zahnärzten und Zahn-technikern zur Tätigkeit bei den Krankentassen trifft neue, für Krankentassen und Aerzte bedeutsame Bestimmungen. Fernach werden bis auf weiteres in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern Aerzte nichtarischer Abstammung sowie Aerzte, deren Ehegatten nichtarischer Abstammung sind, zur Tätigkeit bei den Krankentassen nicht zugelassen.

Größere Strenge gegen leichtsinnige Chauffeure!

Das Landesamt in Prag teilt mit: In der letzten Zeit wurden zahlreiche Verkehrsunfälle dadurch hervorgerufen, daß einige Chauffeure in leichtsinniger Weise die Vorschriften mißachten und daß Motorfahrzeuge, besonders schwere Automobile, in rücksichtsloser Weise außerhalb geschlossener Siedlungen die Lenker entgegenkommender Fahrzeuge blenden, bzw. mit voller Beleuchtung die Lenker der vor ihnen fahrenden Fahrzeuge belästigen.

Auch die ungenügende Beleuchtung von Fahrrädern ist oft die Ursache von Unfällen und bedroht besonders die Sicherheit auf den Landstraßen.

Den ausführenden Organen des Sicherheitsdienstes und den Behörden, die in erster Instanz die diesbezügliche strafrechtliche Verwaltungsw

ollmacht durchführen, haben die Anweisung erhalten, solche Uebertretungen streng zu verfolgen.

Ein Wochenbericht. **Mitona, 10. 11.** Die Staatspolizei verhaftet eine große Anzahl Personen, die sich in marxistischem Sinne betätigten. **Rahlstedt bei Hamburg, 11. 11.** Hier wurden die Wahlplakate mit hasserfüllten Parolen beklebt. Eine Anzahl Verdächtiger wurde verhaftet. **Flensburg, 11. 11.** Der Arbeiter Konrad wurde beim Flugblattverteilen „auf der Flucht erschossen“. **Königsberg, 12. 11.** Die Staatspolizei beschlagnahmte eine Sendeanlage des Reichsbanners. **Lübeck, 12. 11.** Die Todesurteile gegen die Reichsbannerleute Fied und Rähding wurden rechtskräftig. Rähding hat sich erhängt. **Göttingen, 13. 11.** In der Nachbargemeinde Bishausen wurden zahlreiche Wohlfahrtsverbände verhaftet, weil sie schlechte Rodungsarbeiten verrichtet haben sollen. **Sameln, 14. 11.** Hier wurden neun Arbeiter wegen marxistischer Betätigung festgenommen und teils dem Untersuchungsrichter, teils dem Konzentrationslager zugeführt. **Wesellburen.** Am Sonntag haben in einer Gastwirtschaft sieben Gäste und der Wirt Klassenkampflieder gesungen. Sie wurden verhaftet. **Heide.** Zwei Einwohner machten vor einer Gastwirtschaft abfällige Bemerkungen über die Führer des deutschen Volkes. Sie wurden festgenommen. **Breitenberg, Kreis Steinburg, 15. 11.** Der frühere Gemeindevorsteher Rober wurde wegen Verächtlichmachung der nationalsozialistischen Bewegung in das Konzentrationslager Glücksstadt gebracht. **Bremen.** Fünf Arbeiter erhielten fünf bis neun Monate Gefängnis, weil sie Flugblätter an SA-Leute verteilt hatten. **Mühlc. (Wefer.)** Der Zimmermann Erich Hahlbrod hat auf die SA geschimpft. Er erhielt eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. **Langelsheim. (Harz.) 16. 11.** Der Hüttenarbeiter Schalles wurde wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. **Seesen.** Der Dachdecker Liebschwager hatte Sprengstoff in seinem Besitz und lieferte sie nach dem Vitterstieg an die Behörden ab. Er wurde zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. **Lübeck, 17. 11.** Der Reichsbannermann Lühr war 1931 an einem politischen Raufhandel beteiligt, bei dem ein SA-Mann ums Leben kam. Er erhielt zehn Jahre Zuchthaus. **Braunschweig.** Der Lehrer Adolf Seiger hatte mehrere Hefte in seinem Besitz, in denen „Fragen des sozialistischen Aufbaues der Sowjetunion“ behandelt wurden. Das Oberlandesgericht verurteilt ihn zu zwei Jahren Gefängnis.

Ernst Toller und Lion Feuchtwanger — Ehrenmitglieder des englischen Penklub. Der englische Penklub hat demonstrativ zwei von Hitler-Deutschland geächtete Schriftsteller zu Ehrenmitgliedern ernannt: Ernst Toller und Lion Feuchtwanger. Das Präsidium des Londoner Penklub hat den beiden Schriftstellern die Ehrenurkunden überreicht, um gegen die Verfolgung der deutschen Schriftsteller zu protestieren. Diese Geste ehrt den englischen Penklub, wie es die deutschen Schriftsteller geehrt hat, von den Literaturlakaien des Dritten Reiches geächtet zu werden.

Schachweltmeister Aljechin spielte am 22. November abends in Kasobnik gegen 49 Gegner simultan. Er verlor drei Partien (die Sieger sind Mizera, Tolar und Tokoupil). Sechs Partien endeten remis. Die Zahl der Zuschauer war sehr groß.

Sensation der französischen Staatslotterie. Das Interesse des größten Teiles der französischen Öffentlichkeit und der Presse ist auf die Millionengewinner der Staatslotterie konzentriert. Von den neuen 15 Millionen sind einer ein Träger in der Zentralmarkthalle von Paris, ein anderer Gewinner ist ein Marineunteroffizier beim U-Boot-Dienst. Seinen Gewinn erhält er durch den Rundfunk, als er sich auf der Reise im U-Boot nach Afrika befand. Er wollte sofort nach Toulon zurückkehren. Für die Lose der dritten Tranche zeigt sich in den breiten Schichten ein derartiges Interesse, daß sie im privaten Kettenhandel bis auf 50 Prozent ihres 100-Francwertes überzahlt werden.

Eisenbahnerstreik in USA. Vier gewerkschaftliche Organisationen von Angestellten der südlichen Pazifikbahn in den Staaten Texas und Louisiana erklärten, daß 3000 den genannten Organisationen angehörende Eisenbahner am Samstag den Streik proklamieren werden.

Ein glücklicher und ein tödlicher Fallschirmabprung. Ein dänisches Marineflugzeug wurde auf dem Flüge von Slagen nach Kopenhagen in der Nähe von Götterborg infolge Benzinmangels von seinen beiden Insassen durch Fallschirmabprung verlassen. Der Pilot kam unverletzt auf dem Boden an; der Mechaniker, dessen Fallschirm sich an der abstürzenden Maschine verfang, kam ums Leben. Die Maschine wurde zertrümmert.

Arbeitslosenlager durch Waldbrand bedroht. Zahlreiche Wald- und Gestrüppbrände in der Nähe von Los Angeles bedrohen mehrere Ziedlungen. Besonders hegt man Befürchtungen für das Schicksal von 190 Arbeitslosen, die an den

Besitzen Sie schon die **Sittengeschichte des Weltkrieges** von Magnus Hirschfeld. **Verzäumen Sie nicht, sich dieses zweibändige Standardwerk mit seinen mehr als 1000 Illustrationen, zahlreichen Farbtafeln, pro Band 500 Seiten Text, zum Vorzugspreis von KZ 140.— für beide Bände statt KZ 412.— zu verschaffen durch die Zentralstelle für das Bildungswesen, Prag II., Nekázanka 18 die dem organisierten Arbeiter und Angestellten gute neue Bücher zu Antiquaratspreisen liefert!**

Brandstellen ein Lager aufgeschlagen hatten. Bisher konnten sich erst 20 Bewohner dieses Lagers in Sicherheit bringen.

Schweres Unglück bei Besichtigung einer Heilquelle. In Karlsbad stürzte gestern nachmittags bei der Besichtigung der Quellenfassung einer Heilquelle in Konstantinbad ein Gerüst ein. Durch einen herabstürzenden schweren Balken erlitten der staatliche Quelleninspektor Oberst Ing. Pädert aus Karlsbad und Vorstand des Karlsbader Quellenamtes Universitätsdozent Prof. Kampe Knochenbrüche und eine leichte Gehirnerschütterung. Leichte Verletzungen erlitt auch Ing. Paqel. Die Verletzten wurden teils nach Karlsbad, teils nach Marienbad in Spitalpflege gebracht.

Bergung eines jungen Menschen. Karlsbad, 23. November. In Pelschau wurde ein zwanzigjähriger junger Mann in schwerem Zustand auf der Straße aufgefunden. Nach der Einlieferung in das Karlsbader Krankenhaus ist derselbe gestorben. Wie festgestellt wurde, handelte es sich um den körperlich beschädigten Sohn eines Karlsbader Hoteliers. Da es sich nach der ärztlichen Untersuchung um eine Vergiftung handelte, ist noch aufzuklären, ob es sich um einen unglücklichen Zufall, ein Verbrechen oder vielleicht einen Selbstmord handelt.

Angestellte tot aufgefunden. Karlsbad, 23. November. Heute wurde in den frühen Morgenstunden unweit des Karlsbader Bahnhofes neben dem Geleise die Angestellte Marianne Zeitl aus Falkenau tot aufgefunden. Es konnte noch nicht festgestellt werden, ob die Zeitl, die eine schwere Kopfverletzung erlitten hat, sich in selbstmörderischer Absicht vor den Zug geworfen hat.

Erdbeben in den Abruzzen. Rom, 23. November. Heute nachts um 2 Uhr wurde in der Provinz Abruzzen ein heftiges, etwa zehn Sekunden dauerndes Erdbeben verspürt, dessen Epizentrum sich in Sulmona befindet. Am heftigsten war das Erdbeben in Orten Chieti, Amula, Avezzano, Cassino und Caserta fühlbar. Bisher wurden keine Opfer oder größere Schäden gemeldet, doch herrschte in den betroffenen Orten Panikstimmung.

Ein Riesenbrand von ausgebreitetem Buchwerk. Der sich rasch ausbreitete, obwar rund 3000 Leute, von denen viele Verbrennungen erlitten, bestrebt waren, den Brand einzudämmen, hat sich bis hart an den Rand der Stadt Tulumga (Los Angeles) ausgebreitet, wo viele Häuser eilends geräumt werden mußten. Einige Häuser haben bereits zu brennen begonnen, doch hat der Wind seine Richtung geändert, so daß die Stadt gerettet werden konnte. Der bisher angerichtete Schaden wird auf drei Millionen Dollar beziffert.

Schiffszusammenstoß. Aus New York wird gemeldet: Der Dampfer „Tichoon“ stieß in der Nordsee-Meerenge mit dem Dampfer „Liberty“ um Mitternacht zusammen. Der Dampfer „Tichoon“ ist gesunken, die Mannschaft wurde gerettet.

„Trolleybusse.“ In der gegenwärtigen Parlamentsdebatte in London wird eine Gesetzesnovelle zur Vorlage gelangen, derzufolge an der Londoner Peripherie 150 Kilometer Tramwaystrecken durch Trolleybuslinien ersetzt werden sollen. In den südwestlichen Vororten Londons stehen Trolleybusse bereits auf einer Gesamtstrecke von 30 Kilometern in Betrieb.

Schlecht ergangen ist es, wie die Bütcherzeitungen berichten, zwei Hakenkreuzagitatoren, die, angetrunken, die Freiheit besaßen, im Lüticher Stadtzentrum „Heil Hitler“ zu brüllen und den „deutschen Gruß“ auszusprechen. Die maßlos erregten Passanten ergriffen die Bütcher und karten sie derart gründlich über ihre abweichende Einstellung auf, daß die Nationalsozialisten anschließend einem Lazarett zugeführt werden mußten.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Samstag: Prag: 10.10 Schallplatten. 13.45 Schallplatten. 16.30 Rundfunk für erwachsene Jugend. 17.35 Tschechischer Konversationskurs. 18.30 Deutsche Sendung: Dr. Kolliki: Musikinstrumente erzählen von fremden Ländern. 19.10 Prof. Sedláček: Einiges über die Diphtherie. — Brunn: 16.00 Orchesterkonzert. 18.25 Deutsche Sendung: Aus Operetten und Tonfilmen. 19.10 Orchesterkonzert. 21.00 Revue-Rabaret. — Kofchau: 19.30 Orchesterkonzert. 13.35 Russische Nachrichten. — Währ.-Ostrow: 18.25 Beethoven: Quintett für Oboe. — Wien: 11.30 Mittagskonzert. 15.45 Mandolinensolozert. 18.30 Orchesterkonzert. 20.00 „Der Kellermeister“. Operette von Jeller. — Heilsberg: 20.10 Abendkonzert. — Leipzig: 23.00 Nachkonzert. — Berlin: 16.00 Orchesterkonzert.

Es gärt in Indien.

Neue Profile aus dem ostindischen Völkermeer.

Von Surendranath Dasgupta.

Der Menschenozen des asiatischen Kontinents ist durch die kriegerischen Auseinandersetzungen im fernen Osten, durch die Revolution in Siam und durch den jüngsten Aufstand in Holländisch-Indien in Bewegung geraten. Japan, China, Hinterindien, das russische Sibirien und das chinesische Turkestan haben in den letzten Monaten unzweideutige Zeichen von sich gegeben, daß der gelb-braune Erdteil nicht gewillt ist, die staatlichen Grenzen und ökonomischen Sammelbecken der Gegenwart und Vergangenheit in die Zukunft mit hinüber zu nehmen. Kein Wunder, daß auch in Britisch-Indien, dem vollreichsten Land des fernen Asien neben dem Reich der Mitte, die politische Gärung in raschem Tempo als bisher zur Entladung drängt.

Mahatma Gandhi.

Nach den letzten Berichten aus Britisch-Indien muß man die sich immer deutlicher abzeichnende Tatsache verbinden, daß der Stern des Mahatma Gandhi immer mehr im Schwanden begriffen ist, um einem neuen politischen Führer und einer neuen Massendoktrin Platz zu machen. Gandhi erzog seit etwa zwei Jahrzehnten die über dreihundert Millionen betragenden Inder zu dem politischen Kampfmittel der passiven Resistenz und der stummen Ergebenheit in den unabänderlichen Ablauf der politischen Realitäten. Durch die Verschärfung der Gegensätze zwischen den Kasten und den religiösen Glaubensbekenntnissen sowie durch die Abwanderung der landlos gewordenen Kulimassen in die Fabrikzentren entstand in den letzten Monaten eine Radikalisierung des politischen Lebens, die über die Jugkraft des alten Mahatma hinwegging und nach neuen politischen Lösungen strebte. Dazu hatte sich Gandhi zu sehr in das Problem der „Unberührbaren“ vergraben und sich selbst durch das am 3. August 1934 ablaufende „Opferjahr“ die Hände gebunden.

Jannadas Metha.

So ist es weiter kein Wunder, daß in letzter Zeit ein ganz neuer Mann riesigen Jalauf finden konnte, ein enger Freund und Kampfgenosse Gandhis, namens Jannadas Metha, der unter seinen engeren Anhängern aus den Proletarierquartieren des ständig gärenden Bombay einen Kongreß einberufen hat, den sowohl die britische Regierung, als auch Gandhi als „Rebellenkongreß“ in Acht und Bann getan haben. Trotzdem haben sich über siebenhundert Abgeordnete der Bezirke eingefunden, die eine neue Partei, die „Democratic Swaraj Party“ aus der Taufe hoben. Selbstverständlich handelt es sich hier nicht um eine demokratische Partei, die sich eine Lösung der indischen Frage auf dem Parkett irgendeines Parlaments erhofft, sondern um eine Massenbewegung mit der aktiven Tendenz, die britische Oberherrschaft eines Tages mit allen Mitteln abzuschütteln und die indischen Kulimassen aus der Gandhischen passiven Resistenz zu bestimmten politischen Aktionen mit vorwärts zu reißen.

Der Chef von Mitnapore.

Besonders macht sich die neue aktivistische Bewegung unter den indischen Massen in der Provinz Bengalen bemerkbar, die in der Tiefen des Ganges zwischen Kalkutta, Dacca und Benares die Kulis in Fabrik- und Plantagenzentren zusammenballt, von denen der verurufenste der Bezirk von Mitnapore ist. Indische Studenten und Gandhi-Jünger schlagen sich dort mit der Polizei und Militärkommandos herum und nirgends in ganz Indien prallt der Kampf zwischen Mohammedanern und Hindus derart scharf aufeinander, wie gerade in dieser Provinz. So gilt der Posten eines Verwaltungschefs von Mitnapore geradezu als eine Selbstmordstation, auf der man den Revolver der Terroristen unmöglich entgehen kann. Nachdem bereits drei „Magistrate“ in den letzten Jahren erschossen worden sind, wundert man sich in ganz Indien, daß ein tüchtiger Polizeichef und Verwaltungsmann namens Percy J. Griffiths den Posten überhaupt angenommen hat. Der „Magistrate“ einer indischen Provinz ist nämlich zu gleicher Zeit Oberster Richter, Oberste Gnadeninstanz, Oberster Polizeichef und Oberster Militärkommandant. Kein Wunder, daß sich die ganze Wut der zum „aktiven Widerstand“ übergehenden Arbeiter und Studenten gegen diesen Mann richtet, jener etwa dreitausend Terroristen seines Bezirkes, die sich in der sogenannten „Indischen Republikanischen Armee“ zusammengeschlossen haben. Der Vizekönig von Indien hat deshalb die Aufstellung einer eigenen Schutzwache für Herrn Griffiths in Stärke von zwei Offizieren, zwölf Mann und zwei persönlichen Leibwächtern angeordnet.

Der Maharadscha von Nepal.

Durch die Versuche einer englischen Militärkommission, den Mount Everest zu überfliegen, ist der Maharadscha von Nepal in der letzten Zeit wieder in den Vordergrund getreten, da er bekanntlich allen englischen Panzerschiffen und Kolonialregimentern zum Troy die Erlaubnis zum Betreten des „Verbotenen Landes“ zu geben hat. Dieser Maharadscha herrscht zweifellos über den Teil Ostindiens, der seine Unabhängigkeit von England äußerlich am meisten zum Ausdruck zu bringen vermag. Er kommandiert eine eigene Armee seiner Gurkhas, der Kriegerkaste, die militärisch erzogen und durch eine Art von

Landwehrsystem zusammengehalten wird. Von Stadt zu Stadt und von Dorf zu Dorf zieht sich ein Netz von Nachrichtenstationen, die durch Leucht- und Trommelzeichen die Mitteilungen des Maharadschas und seiner Militärkommandos an die örtlichen Garnisonen weiterzugeben haben. Die politische und militärische Zentrale des „Verbotenen Landes“ befindet sich im Palast des Maharadschas, von wo aus die ziemlich gut bewaffnete Armee und Gendarmerie geleitet wird. Natürlich gibt es neben den militärisch erfahrenen „Gurkhas“ noch die Kasten der Newars, der Handwerker, Bauern und Geschäftsleute, die durch ihre Arbeit den Unterhalt des Maharadschas, seines Hofstaates und seiner Armee bestreiten. Ob ein indischer Befreiungskampf jemals von dem Hochland von Nepal aus einen besonderen Anstoß erhalten wird, dürfte die Zukunft zeigen.

Die indische Pompadour.

Eine höchst unrühmliche Rolle spielte kürzlich der Maharadscha des in Zentralindien gelegenen Landes von Dewas namens Tuloje Rao Puor, der sich von einer sechzehnjährigen Bajadere Janti derart umgarnen ließ, daß er zum völligen Werkzeug seiner Geliebten herabfiel und angeführt eines drohenden Aufstandes sein Land verlassen mußte. Der bereits in hohen Jahren stehende indische Fürst überließ Janti wichtige Entscheidungen in Verwaltungsgeschäften, ja sogar das Begnadigungsrecht. Er war derart in die blutjunge Bajadere verliebt, daß er

Emigranten-Küche in Prag

Der Herd der Heimatlosen

Nicht weit vom Karlsplatz in der Prager Neustadt kann man täglich um die Mittagszeit einen langen Menschenstrom durch ein Hofstückerwandern sehen, Frauen und Männer, Alte und Junge, dürftig gekleidet ohne Mantel und Hut neben anderen, die solche Ausstattungsstücke noch aufzuweisen haben. In einem düsteren, schmucklosen Saal erwartet sie ein einfaches Mittagsmahl.

Die Dreihundert, die sich hier täglich versammeln, um ihren Echnapf in Empfang zu nehmen, sind ein Teil jener Tausende, die der braune Terror aus Heimat und Familie, aus Wirkungs- und Freundeskreis, aus Arbeit und Wohnung vertrieben hat. Ein Teil jener Tausende, die der Führer ihrer mordsüchtigen Verfolger, die der Ehrenmann Adolf Hitler in seinen Rundfunkdarbietungen als „skrupellose Geschäftsmacher“, als „ehrlose Desfraudanten“ und „internationale Clique“ beschimpft — mit unverhohlener Wut darüber, daß ihm und seinen Anhängern diese Opfer entgangen und als lebendige Zeugen gegen Betrug und Lüge der Salzkreuztyrannen vorhanden sind.

Es wäre leicht, einen wirksamen Vergleich anzustellen zwischen dem Leben im Braunen Haus, in der oberbayerischen Sommerresidenz, im Reichskanzlerpalais, im Luxuszug, im bewimpelten Mercedes — und dem Schicksal dieser Menschen, die in einer fremden Stadt oft

zu fünf ein ungeheiztes Zimmer bewohnen

und in langer Reihe anstehen, um die Schlüssel zu erhalten, die sie auf ein paar Stunden satt machen soll. Es wäre leicht, den Flüchtling Hermann Goering, der nach dem Münchener Putschabenteuer vor zehn Jahren über die Tiroler Grenze verschwand, um in Innsbruck und später in Stockholm das Leben eines verschwenderrischen Weltmannes zu führen, mit diesen Flüchtlingen zu vergleichen, die dankbar für eine geliebte Zeitung, und für eine gespendete Zigarette sind. Aber solch ein Vergleich würde nur etwas Selbstverständliches beweisen: daß Bestohene besser leben als Beraubte.

Die dreihundert Schicksale der Prager Hilfskomitees (die diese Emigrantenküche eingerichtet haben), wissen sich in ihr Schicksal zu fügen. Sie sprechen ohne Reid von den anderen Emigranten, die ihre Verpflegung selbst bezahlen können, weil sie etwas Besitz gereitet haben, weil sie Unterstützung bei Freunden oder Verwandten fanden, weil sie als tschechoslowakische Staatsbürger Arbeitsmöglichkeiten hatten oder als Ausländer auf dem schmalen Feld der freien Berufe ein Fußbreit Bodens eroberten konnten. Gewiß erzählen sie alle oft von dem, was sie verloren haben (bei manchen war es nur noch die Arbeitslosenunterstützung, bei anderen war es ein Amt, ein Haus oder ein großer Wirkungskreis und bei allen war es die Heimat, die sie noch heute lieben, und heute sehnsüchtiger und entschlossener als je). Aber immer wieder weisen sie sich auf das hin, was sie gerettet haben: das Leben, das man ihnen in N. Kasernen aus dem Leibe prügelte oder in Konzentrationslagern zur Hölle machen wollte, und die Ehre, die mit Freiheit und Gesinnungstreue gleichbedeutend ist und von der die Nazibonzen alle Tage aufgeregt im Lautsprecher zu dem Volke reden, das sie durch Verhaftung, Mißhandlung und Gleichschaltung so abgrundtief vor aller Welt geschändet haben.

Man sieht den heimatlosen Menschen, die sich hier zur Essenszeit zusammenfinden, wohl seelische und körperliche Entbehrungen an — aber es ist kein Hausen Hoffnungsloser, es ist

wortlos alles unterschrieb, was sie ihm vorlegte, die tollsten Verfolgungen ihrer persönlichen und politischen Gegner, unter anderem auch den Befehl gegen den Erbprinzen Vikram Ling und seine junge Gemahlin, welche die indische Pompadour aus ihrer Machtstellung herauswerfen wollten. Es kam schließlich zum offenen Konflikt. Die Bajadere ließ einen ihr unbehaglichen Brahmanen und einige hohe Beamte hinrichten. Da explodierte doch die Wut des Volkes und unter dem Eindruck der revoltierenden Massen zog sich der Maharadscha mit seiner Bajadere im Flugzeug nach der französischen Kolonie Pondicherry zurück. Auf die Aufforderung des indischen Vizekönigs, ohne seine kompromittierte Geliebte zurückzuführen, verzichtete der verliebte Maharadscha auf seinen Thron. Die Bajadere hatte allerdings den in Gold gemünzten Staatschatz im Flugzeug mitgenommen.

Der Räuber Abdur Rahman.

Im fernen Osten pflegt man die Fürsten, Generale, Banditen und Räuber in einem Atemzug zu nennen und so kann man lediglich registrieren, daß ein Räuberhauptmann namens Abdur Rahman einer der populärsten Persönlichkeiten Indiens geworden ist. Dieser Muster-Räuber hat kürzlich das Dorf Miranpur in der Provinz Sind mit fünfzehn Angehörigen seiner Bande mitten in der Nacht überfallen und nach folgender Methode ausgeplündert. Er hat einen Schlosser wecken lassen und diesen mit erhobenem Revolver gezwungen, zunächst den Kassenstrang des Finanzamts zu durchbrechen, die Steuerlisten herauszunehmen und dann sämtliche Türen und etwaige Kassenstränge der Dorfbewohner zu öffnen. Nach den Steuerlisten wurde dann jeder Einwohner zur Hergabe eines bestimmten Betrags gezwungen. So viel Gerechtigkeit hat es in Indien schon lange nicht mehr gegeben!

Kleine Bilder aus dem Dritten Reich

Wir entnehmen diese Wäutenlese reichsdeutschen Zeitungen:

Für Staatsleinde gibt es keine Arbeit

Landeshut, 16. November. Bei einer Betriebsversammlung in einem hiesigen Textilwerk ausführlich der Uebertragung der Führerrede aus dem Berliner Siemenswerk wurde das Horst-Wessel-Lied gesungen. Ein älterer Arbeiter weigerte sich, die Hand zu erheben. Wegen Mißachtung des neuen Reiches wurde er von seiner Firma entlassen.

Die „Gewissensbedenken“ der Bibelforscher

Ein Wahlskizzenum wird aus dem sächsischen Ort Niederwiesa bei Zwickau gemeldet. In diesem Ort haben alle Wahlberechtigten ihrer Wahlpflicht genügt mit Ausnahme von einigen Schwerverkranken — und von sechs „Bibelforschern“, die letzteren erklärten, sie hätten sich wegen „Gewissensbedenken“ der Volksabstimmung und Wahl ferngehalten. Auch in Lichtenstein-Gallenberg, in der gleichen Gegend, haben mehrere Bibelforscher nicht gewählt. Sie wurden von SA-Männern mit Fackeln in der Hand durch die Straßen der Stadt geführt und trugen dabei Schilder mit einer geblühenden Kennzeichnung ihrer Handlungsweise. Da die Bevölkerung eine sehr erregte Haltung gegen diese „Bibelforscher“ — es waren sieben — einnahm, mußten sie zu ihrer eigenen Sicherheit durch die Polizei in Schutzhaft genommen werden.

Wird gerüstet?

Ernennungen und Beförderungen von Sanitätsführern innerhalb der SA.

Die Oberste SA-Führung hat innerhalb der SA in den letzten Wochen folgende Ernennungen und Beförderungen von Sanitätsführern vorgenommen: Gruppe Sachsen: Zum Sanitäts-Brigade-Führer wurde befördert der Brigadestabsarzt der Brig. 18, Sanitätsoberführer Dr. R. D a h m s. Unter Beförderung zum Sanitätsoberführer wurde ernannt zum Brigadestabsarzt der Brig. 44, Sanitätssturmkommandant Dr. K. H o r n.

Zu wenig Geld für das starke Angebot im freiwilligen Arbeitsdienst

Die Reichsleitung des freiwilligen Arbeitsdienstes weist darauf hin, daß der Arbeitsdienst zurzeit aus finanziellen Gründen nicht einmal in der Lage sei, das vorhandene Angebot an Arbeitsdienstwilligen aufzunehmen, daß es daher unzulässig wäre, von jugendlichen Unterstützungsempfängern um er 25 Jahren als Voraussetzung für den weiteren Unterstüßungsbezug den Eintritt in den Arbeitsdienst zu fordern, da der Arbeitsdienst zurzeit diese Forderung nicht verwirklichen könne. Aber auch wenn dieser Hinderungsgrund nicht bestände, so seien doch grundsätzliche Bedenken gegen eine derartige Androhung des Entzuges der Unterstüßung geltend zu machen. Denn sie würde sich als ein einseitiger Zwang gegen die ärmeren Bevölkerungsdichten aus, die auf eine solche Verlorenung angewiesen sind, und widerspreche damit dem Grundgedanken der Freiwilligkeit des Arbeitsdienstes.

SA, SS und Stahlhelm dürfen nicht in die Arbeiterorganisationen

Der Stahlhelm Pressedienst teilt mit, daß es für jeden deutschen Arbeiter schwer sei, auch nur die Beiträge für die Organisation aufzubringen, in deren Reihen er Dienst tut. Mehr als seine volle Pflicht in jeder dienstfreien Stunde für den Staat zu erfüllen, könne der Arbeiter nicht. Dienst könne er nur an einer Stelle und nicht an zwei Stellen zugleich tun. In voller Erkenntnis der bodenlosen wirtschaftlichen Lage der Arbeiterkammer habe Stahlhelm Röhms den maßgeblichen Wunsch ausgesprochen, daß sie nicht Mitglied einer Arbeiterorganisation werden. Wie für SA und SS gelte das auch für den Stahlhelm.

Castingskarte

Arbeitspaß

Nr. 15 625

Gruppe: XI

Bezeichnung: Krause

Ort: Berlin

Geburtsort und -zeit: Berlin, 15. 9. 1895

Stand: Berlin

Wohnung: Berlin, 124

Stempel: Berlin, 15. 11. 1933

Gemeinnutz geht vor Eigennutz!

Kurzfrist: 0000

Der Arbeitspaß im Dritten Reich

Jeder deutsche Arbeitnehmer wird zukünftig einen Arbeitspaß als amtlichen Ausweis erhalten, der den Behörden wie auch dem Arbeitgeber gegenüber als Legitimation gilt.

PRAGER ZEITUNG.

Kunst und Wissen

Englisches Gastpiel in der Kleinen Bühne.

Theaterabende in fremder Sprache haben immer etwas von einer besseren Berlin-School-Stunde an sich, wenn sie nicht durch eine besonders hohe oder besonders spezifische Art des Theaterpiels legitimiert sind. Das ist den „English Players“ nur in bescheidenen Grenzen nachzukommen. Sie sind eine Truppe von englischen Gentleman (auch eine Lady ist darunter), die sehr fortwährendes Theater machen, aber selten den genialen Funken durchschütteln Komödiantentums verraten. Es ist ein gutes, ein bühnenhausbadendes Ensemble. Auch die Auswahl der hier gezeigten Komödien kann das Schauspiel in einem höheren künstlerischen Sinne nicht rechtfertigen. Beide Trüde sind zwar typisch englisch und geben so den Schauspielern Gelegenheiten zu manch charakteristischer Ausdrucksform, aber das alles auf einem subalternen Niveau: am ersten Abend in den Verwicklungen eines neugotischen Teufelsstücks, am zweiten in der klassischen Psychologie eines Oscar Wilde-Epigramm.

Man spielte zuerst den Kriminalreifer „Zehn Minuten Alibi“ („Ten Minute Alibi“) von Anthony Armstrong. Das Stück ist ein geschickt gemachter Wallace-Bilderbogen. Es ist nicht ohne spannenden Theaterreiz, die bekannten Gesichter aus dem Schmelzer aufzuführen: den dämonischen Mädchenhändler, die verführte junge Frau, den heroischen Verbrecher und vor allem unseren lieben alten Freund von Scotland Yard mit dem gutmütig-grimmigen Gesicht und der Schag-Weise. Dieser wird von Frank Reynolds außerordentlich wirksam dargestellt und manchmal an die Grenzen seiner Parodie gehoben. Sonst bewegt sich das Spiel der Herren Stirling, Carew, Trevor-Reid und Frau Brunner sehr sicher in dem komödiantischen Realismus des Stückes.

Die Tragikomödie „Der Vorbeerbaum“ („The Green Bay Tree“), die unter dem Titel „Die Erbsen von Schloss Silvergate“ vor kurzem in Wien deutsch gespielt wurde, wäre ohne Oscar Wilde nicht denkbar. Der alte Grayer heißt in diesem Stück Mr. Dulcimer — ist alt geworden und lebt nun in unserer Zeit, ohne daß sie ihm hätte etwas anhaben können. Er berührt sich immer noch am Dämonenstaub des subtilsten Keilbetriebs, schreibt noch immer nicht mit der Schreibmaschine, sondern mit einer blutroten Gänsekiel Feder und verachtet wie eh und je das profane Volk, besonders wenn es weiblichen Geschlechts ist. Er hat sich im unbeschränkten Luxus seines Geldes und dem etwas beschränkteren seiner Ideen einen Adoptionssohn namens Julian herangezogen, den er als einziges Wert seines Lebens (sonst sticht er nur manchmal Zofistinnen) über alles liebt. Zu Beginn des Stückes ist der Junge in Gefahr, ihm von einer Frau — man denke, von einer Frau — geraubt zu werden. Im dramatischen Verlauf dieses Kampfes, in den später noch der wirklich Vater Julians, ein fanatischer Latenprediger, mit Bibel und Revolver eingreift, wird der alte Dulcimer erschossen; trotzdem sagt er über den Tod hinaus: Julian wird den Toppas der hochgeachteten Aristokraten auch in der kommenden Generation repräsentieren.

Das alles könnte eines geistigen Interesses wert sein, wenn tatsächlich lebendige Kräfte des Volkes mit solcher Degeneration konfrontiert würden. Leider bleibt alles schmerzliche Konstruktion und das Stück erhält seine theatralische Existenzberechtigung nur durch die außerordentliche Rolle des alten Dulcimer. Ihn spielt der Star der Truppe Edward Stirling sein Format, das eines interessanten mittleren Schauspielers, reicht trotz aller Hingabe und aller schauspielerischen Hilfsmittel nicht aus, um in der Figur jene dämonische Zugkraft glaubhaft zu machen, mit der das Stück lebt und fällt. Auch Frank Reynolds in der Rolle des fanatischen Bibelforschers fühlt sich in dieser stilisierten Gestalt weit weniger wohl als im Naturalismus des vorigen Abends. Bleibt als Postivum des Abends die anständige schauspielerische Leistung des Liebespaars Miss Brunner und Gilbert Trevor-Reid, die reizende Charge eines herrschaftlichen Dieners, gespielt von Charles Carew, und mancher atmosphärische Reiz der sehr diskreten Regie.

Beide Abende hatten kaum einen anderen Wert als den einer exklusiven gesellschaftlichen Repräsentation „unter dem Protektorat des Herrn Grafen von Großbritannien“. Fraglich, ob das ein Ensemble-Gastspiel hinreichend legitimiert. S. Fischer.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters.
Freitag, 7 1/2 Uhr: „Das Rheingold“ (D 2)
— Samstag, 6 1/2 Uhr: „Die Walküre“ (E 2)

Wochenplan der Kleinen Bühne. Freitag, 8 Uhr: „Dreimal Hochzeit“. Gastspiel Werbezirl. — Samstag, 8 Uhr: „Dreimal Hochzeit“. Gastspiel Werbezirl.

Gerichtssaal

Zwei Schwurgerichtsverhandlungen an einem Tag.

Vormittag: Geheime Verhandlung abgebrochen.

Prag, 23. November. Heute ereignete sich der seltenste Fall, daß an einem Tage zwei Schwurgerichtsverhandlungen vorgezogen waren. Vormittags sollte sich der 24jährige Josef Prubeczek in geheimer Verhandlung wegen des Verbrechens der Mordtötung, begangen durch Geschlechtsverkehr mit einer Person unter vierzehn Jahren, verantworten. Der Fall mußte vertagt werden, weil sich die Hauptzeugen nicht eingefunden hatten. Da es nicht zum Urteil kam, ist über den Sachverhalt nichts näheres zu berichten.

Nachmittag: Notarische Verhandlung wegen Mordversuches an der Geliebten — abermals vertagt.

Um 3 Uhr nachmittags versammelten sich die Geschworenen neuerlich, um den am 17. d. M. vertagten Prozeß gegen den 24jährigen Anton Petzlika wegen Mordversuches an seiner Geliebten Josefine Balli zu Ende zu führen. Der Angeklagte ist beschuldigt, seine um sechs Jahre ältere Geliebte am Abend des 28. August d. J. unterhalb der Cebrbrücke in die Moldau geworfen zu haben, um sich ihrer zu entledigen. Die Klage unterstellt dem Angeklagten rein materielle Motive.

Petzlika hatte mit der Balli während seiner Militärdienstzeit ein Verhältnis unterhalten. Als er nach

seiner Entlassung im Jänner d. J. keine Stellung finden konnte, zog der Arbeitslose zu seiner Geliebten, die ihn durch mehrere Monate in ihrer Wohnung beherbergte und erhielt. Im Sommer kam es öfter zu Zwistigkeiten. Als Petzlika mit der Erklärung, seine Geliebte sei zu alt für ihn, die Beziehungen lösen wollte, präferierte sie ihm eine Rechnung auf 1000 Kronen als Verpflegungskosten, die seine Erhaltung gekostet habe. Petzlika weigerte sich, diese Forderung anzuerkennen, denn „geschenkt“ sei „geschenkt“, zog es aber doch vor, es auf keinen Bruch ankommen zu lassen.

Schließlich ging beiden das Geld aus und die Balli suchte einen kleinen Nebenverdienst, indem sie sich als Doppenspielerin verdingte. Nach ihrer Rückkehr suchte sie wieder den Petzlika auf. Die Notlage der beiden muß sehr groß gewesen sein, denn am Abend des kritischen Tages wollten sie ins Nachtschlaf schlafen gehen. Vermutlich hat die Balli auch ihre Forderung an den Angeklagten zur Sprache gebracht. Jedenfalls hat er ihr nach ihrer Ausfrage zugeordnet, die warme Nacht lieber im Freien zu verbringen. Er führte sie gegen 8 Uhr abends zum Moldauquai und schließlich gelangten sie unter die Cebrbrücke. Die Gegend war menschenleer. Hier soll der Angeklagte plötzlich hinter die Balli getreten sein und ihr zugerufen haben: „Wie wärs, wenn du jetzt da hineinspringen wärdst?“ Gleichzeitig packte er sie bei den Hüften, hob sie empor und warf sie in den Fluß.

Ein zufälliger Passant namens Sasmul hörte ein verdächtiges Plätschern und sah in der einbrechenden Dunkelheit einen Mann flüchten. Es gelang ihm, die bereits Bewußtlose, die eben zum letztenmal an die Oberfläche kam, an den Haaren zu fassen und aus dem Wasser zu ziehen. Es gelang, sie ins Leben zurückzurufen. Der Angeklagte wurde alsbald in Haft genommen. Er stellte bei seinen Vernehmungen die Tat in verschiedener Weise dar. Er sprach von einem geplanten gemeinsamen Selbstmord, zu dem die Balli selbst geraten habe, dann erklärte er wieder, es habe sich nur um einen „Spaß“ gehandelt und er habe die Balli keinesfalls töten wollen. Wie seine Geliebte, von der er wußte, daß sie nicht schwimmen konnte, sich hätte retten sollen, zumal n'emand in der Nähe war, konnte er freilich nicht erklären.

Die erste Verhandlung ist vertagt worden, weil die Hauptzeugin sich zu spät einstellte. Da sie unterstandlos ist und keine Adresse nachweisen konnte, unter welcher die neuerliche Vernehmung hätte zugestellt werden können, wurde sie dem Gewahrsam der Prager Substation übergeben und der neue Verhandlungstermin mit größter Beschleunigung angelegt, um sie nicht allzu lange an diesem unangenehmen Ort aufzuhalten. Heute bestritt sie als Zeugin vor dem Schwurgerichtshof des OVR Dr. Hellriegel nachdrücklich alle Behauptungen über angebliche Selbstmordabsichten. Sie bestätigte zwar, daß Petzlika sie nicht nur gestochen, sondern emporgehoben und geradezu ins Wasser geschleudert habe. Trotz allem aber war das Verstreben ersichtlich, den Angeklagten nicht allzu sehr zu belasten.

Doch gelangte das Verfahren auch bei der heutigen Verhandlung nicht zum Abschluß. Dem Gericht war ein Brief der Mutter zugegangen, in welchem diese erklärt, ihr Sohn habe als Junge eine schwere Mittelohrentzündung mit Hirnkomplikationen überstanden und sei geistig nicht normal. Auch seien sein Vater, wie seine Großmutter im Irrenhause gestorben. Der Verteidiger Dr. Walter Lustig stellte auf Grund dieses Briefes den Antrag auf Untersuchung des Geisteszustandes des Angeklagten. Der Gerichtshof gab dem Antrag statt und vertagte die Verhandlung auf unbestimmte Zeit. rh.

Der Film

Die Bettlerin von Notre-Dame.

Der französische Film, den man im „Jenny“ einem geladenen Publikum vorführte, ist sehr geeignet, zur Weihnachtszeit die Taschentücher leicht gerührter Zuschauer zu feuchten. Der Regisseur Pujol hat einen historisch-sentimentalen Roman pompös und edelstichig inszeniert, ganz im Stil der literarischen Vorlage, die Glanz und Glend, Trübsal und Bönne, Verworfenheit und Opfermut pathetisch und schmachtend aneinanderfügt, bis am Ende die beiden Waisenkinder, deren eines zur blinden Bettlerin und deren anderes zur unschuldigen Strafgefangenen wurde, gar keine Waisenkinder mehr sind, sondern wunderbar ertötet der totgeglaubten Mutter in die Arme sinken.

An diesem Film gibt es also nichts zu kritisieren. Er lebt im unsterblichen Geiste des Alexander Dumas, und er liebt gleich ihm das Unwahrscheinliche ins historische Kostüm, er stellt das Edelmüttriefende in ein Mäulchen von Jöpsen und Perücken, und er rückt es in jene Zeit, in der Duell und tödliche Rache angeblich zum guten Ton gehörten.

Erstaunlich ist der Ernst, die Selbstverständlichkeit und die vornehme Artigkeit, mit der die französischen Schauspieler ihre Kostüme, ihr Schürkentu und ihren Herzensadel zur Schau stellen. Erstaunlich aber wohl nur für den, der alle die Pariser „Comédie française“ gesehen hat, in der, glaubwürdigen Berichten zufolge, noch heute der pathetisch-sentimental-heroische Stil liebevoll gepflegt wird. Und so interessant es ist, die große Yvette Guilbert im Film zu sehen (sie spielt die Titelrolle der Bettlerin mit ihrer unvergleichlichen Kunst der sprechenden Gebärde und des gestikulierenden Wortes)

Kindersfreunde Prag.

Heute, Freitag nachm. um halb 4 Uhr im Leinahaus (Ramenická 1) Kinder-nachmittag. Genossinnen! Bringen Sie bitte alle erreichbaren Kinder zwischen 6 und 10 Jahren!

So unerkennbar ist es, daß sie aus dem Rahmen des Films fällt, obwohl auch sie heute schon beinahe historisch geworden ist. Wenn sie an der Leiche des Sohnes ihr schauriges Weinen singt, weckt sie die unergänzliche Erinnerung an ihre hochgelungenen Vorträge aus vergangener Zeit.

Vor dem französischen Film wurde noch etwas Weihnachtliches gezeigt: ein scheidischer Märchenfilm, das „Pfefferkuchenhäuschen“, der, wie schon der Titel verrät, das auch den deutschen Kindern durchaus nicht unbekannt Märchen von Hänsel und Gretel als Ballett mit allerhand dichterischen und tänzerischen Zutaten verfilmt hat. Der Regisseur Kaminek hat das ganz nett, wenn auch ein bißchen überladen gemacht — und besonders mit den Engeln hätte er etwas sparsamer sein können.

Sport * Spiel * Körperpflege

Die Sozialistische Arbeiter-Sport-Internationale hat mit dem Arbeiter-Turn- und Sportbund des Saargebietes Verhandlungen aufgenommen, um ihn zum Anschließ an die SAZD zu gewinnen.

Sowjetrußland soll, nach den Meldungen bürgerlicher Blätter, in der nächsten Zeit den Sportverkehr mit Polen aufnehmen. Allerdings nicht mit den polnischen Arbeiterparteiern, sondern mit den bürgerlichen Verbänden. Russische Boxer sollen in der nächsten Zeit auch in Schweden antreten. Die langjährigen Beziehungen Rußlands zu den türkischen bürgerlichen Sportverbänden sind bekannt.

Der Prager DFC löst sich nicht auf. Das ist das Ergebnis der außerordentlichen Generalversammlung. Der Abgeordnete der DAWG, Dr. J. Bohrer hatte die großartige Idee, eine Bauscheinaktion zu beantragen und sich selbst für Interventionen usw. in Erinnerung zu bringen. Der Kapitän der ersten Mannschaft sprach von Treue usw. Selbstverständlich wurden auch die Schulden besprochen und mit Ueberweisung festgesetzt, daß zu den angenommenen plötzlich noch eine unbekannte Schuld aufgetaucht sei. Die „Lasten“ betragen demnach nicht 70.000 Kz, sondern 171.000 Kz! Es sprachen sehr viele, jeder mit einer anderen Variante — aber nur nicht auflösen, weil dadurch angeblich dem Nationalismus und dem deutschen Sport ein unermeßlicher Schaden erwüchse! Außerdem soll eine Sammlung bei Industrie, Banken und sonstigen Finanzmagazinen inner- und außerhalb Prags durchgeführt werden und somit die Existenz des Vereines eine feste Grundlage erhalte. Sehr böse ist man jenen Aufrechten, die aus Anlaß der Deutschlandreise eine „innere Zerlegung“ verursacht hätten, dem Verein dem Rücken lehren und sogar seine Tennisplätze so entwürdigten, daß sie brach flogen. Wie wir hören, werden die Spieler des DFC, von nun an völlig uneigennützig den geliebten Fußballsport betreiben — als ob das nicht auch früher schon der Fall gewesen wäre.

Schon wieder deutsche Nazi-Gishochspiele in Prag. Nach dem DFC haben sich fürs Wochenende Sparta und Slavia ein Nazi-Team, diesmal aus Berlin, verschrieben. Man hat anscheinend im scheidischen Sportlager noch nicht genug von dem an SA-Männern erinnernden Auftreten der letzten Mannschaft?! Verwunderlich ist nur, daß auch die Prager Sparta den Kreis der Nazi-Freunde hierzulande mit erweitert. Den Uneingeweihten wollen wir damit sagen, daß die Anhängererschaft dieses Klubs zum großen Teil aus Arbeiterkreisen rekrutiert. Ob diese das billigen, ist freilich eine andere Frage. Immerhin: Pohstot auch diesen Spielen!

Vereinsnachrichten

Ortsgruppe Prag, Sonntag, den 26. November: Zusammenkunft um halb 10 Uhr bei der Endstation der Ber-Elfischen in Solovice. Führer: Moq.

In das Heim des Klassenbewußten
Arbeiter gehört d. Zentralorgan
der Deutschen Sozialdemokr. Arbeiterpartei
— „Sozialdemokrat“ —

Wran-Urania-Kino
1774
Inzides Deutsche Kino Prag, Klimentská 4.
VLASTA BURIAN mit Orel Theimer, Werner Puettler, Hans Götz, Elsa Lord, Emmy Carpentier, Leopold Dudek, Otto Ströblin, in der Premiere der deutschen Version:
„Der Adjutant Seiner Hohheit“
Musik: Fiala, Liedertexte: H. R. Neck.

Wo verkehren wir?
Café „Continental“, Prag, Graben

An unsere Abonnenten!!

Bitte lesen!

Und uns bis 10. Dezember den Abschritt einsenden!

Wir zweifeln nicht daran, daß auch Sie die Gelegenheit benützen werden, an Stelle der teuren Neujahrsgratulationskarten unserer Aktion Unterstützung zu gewähren, die der finanziellen Stärkung des Blattes dient und weiters den hohen idealen Zweck erfüllt, daß die Zusammengehörigkeit unserer Genossen und Genossinnen sichtbar vor Augen geführt wird.

Wir bitten Sie daher, Ihren Namen gegen eine Gebühr von 10 Kz in unser

Neujahrs-Kollektivinserat

aufnehmen zu lassen und den entfallenden Betrag von 10 Kz mit der Dezemberabonnementsgebühr einzusenden.

Wir sind überzeugt, daß auch Sie, der heutigen Zeit Rechnung tragend, uns Ihre Unterstützung nicht verjagen, und danken bestens für Ihre freundliche Förderung unseres Blattes.

Die Verwaltung.

..... Hier abtrennen! Hier abtrennen!

Neujahrs-Enthebung für „Sozialdemokrat“.

Sie bestelle hiemit unter dem Namen: _____

Ort: _____

eine Neujahrsenthebung zum Betrage von 10 Kz und sende Ihnen diesen Betrag gleichzeitig mit der Abonnementsgebühr pro Dezember ein.

Unterschrift: _____